

EXTRA BLATT

Lesen, wie es
wirklich ist!

der Schweizerischen Volkspartei • www.svp.ch • Ausgabe September 2019



Das Erfolgsmodell Schweiz 3

**Interview
mit alt Bundesrat
Christoph Blocher**



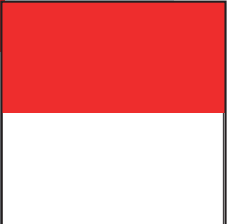
Masseneinwanderung 6-7

**Arbeit muss sich
wieder lohnen!**



Kanton Solothurn 9-16

**Alles Wissenswerte
zu den National-
und Ständeratswahlen**



Für eine freie und sichere Schweiz

Unabhängigkeit, Wohlstand und persönliche Freiheit, aber auch Sicherheit müssen immer wieder neu erkämpft werden. Nur so können wir unsere schöne und einmalige Schweiz mit ihren Werten und Tugenden erhalten. Es ist naheliegend, dass viele am Wohlstand der Schweiz teilhaben wollen. Auch die zentralistische EU. Wer jedoch will, dass die Schweiz Schweiz bleibt, geht am 20. Oktober an die Urne und wählt SVP.

Die Konsequenzen der ungesteuerten Massen-Zuwanderung von einer Million mehr Menschen in den letzten 13 Jahren sind für unsere Bürgerinnen und Bürger täglich spürbar: Staus auf den Strassen, herumlungende, betrunkene und gewalttätige Asylsuchende und jugendliche Migranten sowie verbaute Grünflächen, steigende Gesundheits- und

Sozialhilfekosten. Respektlosigkeit und Gewaltandrohung gegenüber Polizisten, Lehrerinnen, Pflegefachfrauen, Sozialarbeiterinnen und jungen Frauen im Ausgang sind an der Tagesordnung. Verunsicherung wird aber auch ausgelöst durch die Sorge um den Arbeitsplatz, den Lohn und die Zukunft unserer Kinder.

Für eine sichere und freie Zukunft des Landes braucht es deshalb mehr SVP in Parlament und Bundesrat. Entsprechend wichtig sind die National- und Ständeratswahlen 2019. Mit dem Slogan «Frei und sicher» bringt die SVP ihr Programm auf den Punkt: die Stärkung der Identität der Willensnation Schweiz. Wir setzen uns für unsere Heimat ein. Wir halten

Wort und versprechen der Schweiz keine Unterwerfung unter die EU. Nur die SVP setzt sich für die Steuerung der Zuwanderung ein sowie für die Stärkung des arbeitenden Mittelstands durch tiefe Steuern, Abgaben und Gebühren und weniger Vorschriften. Um dies zu erreichen, muss die SVP die mit Abstand stärkste Partei bleiben.

Christian Imark
in den **Ständerat**



Haben Sie Fragen zu den Wahlen?

Ab dem 13. September bis am 20. Oktober können Sie sich kostenlos über die National- und Ständeratswahlen 2019 informieren.

Gratis-Hotline:
0800 0 1291 0

Täglich von 09.00 bis 18.00 Uhr
sind wir für Sie da.

Fragen per Mail:
wahlen@svp.ch

Kommentar

Sie entscheiden!

Bereitet Ihnen der Ausverkauf des Erfolgsmodells Schweiz und unserer Heimat Sorge? Haben Sie genug von der grenzenlosen Einwanderung, von den vielen Asylanten, die in der Schweiz nur ein angenehmeres Leben suchen, oder von der ausufernden Kriminalität? Die Medien verschweigen, wie es wirklich ist. Wahr ist, dass die unkontrollierte Zuwanderung unsere Gesellschaft dramatisch verändert. Integration ist kaum mehr möglich. Spannungen zwischen Zuwanderern und Einheimischen nehmen zu. In den Schulen ist es bei all den fremdsprachigen Schülern schwierig, Lernziele zu erreichen.

Die SVP will das stoppen und die Zuwanderung beschränken. Alle anderen Parteien und Verbände inklusive Gewerkschaften werden einer EU-Teil-



Albert Rösti
Präsident SVP Schweiz

Fortsetzung auf Seite 2

**Alles zu den Nationalrats- und Ständeratswahlen im
Kanton Solothurn** Seite 9-16

Kommentar

Fortsetzung von Seite 1

mitgliedschaft der Schweiz zustimmen und damit unsere Unabhängigkeit und Selbstbestimmung aufgeben – auch bei der Zuwanderung.

Oder haben Sie genug, weil die in Bern sowieso machen, was sie wollen? Sie können das alles ändern. Sie können am 20. Oktober 2019 mit Ihrer Stimme dazu beitragen, dass sich die Mehrheitsverhältnisse verschieben und Ihre Anliegen in ausländer- und europapolitischen Fragen endlich umgesetzt werden.

Der 20. Oktober 2019 ist eine Richtungswahl. Dann entscheiden wir Schweizerinnen und Schweizer über die Zukunft unseres Landes – und das nicht nur für die nächsten vier Jahre. Sie entscheiden! Wenn Sie ein klares Zeichen gegen die masslose Zuwanderung setzen wollen, wenn Sie eine stärkere Anbindung der Schweiz an die EU wollen, wenn Sie wollen, dass die Schweiz ein selbstbestimmtes, sicheres und freies Land bleibt, dann wählen Sie am 20. Oktober SVP.

Albert Rösti

Albert Rösti,
Präsident SVP Schweiz



Was ist die wichtigste Herausforderung für die Schweiz in den nächsten Jahren?

Ueli Maurer: Wir hatten jetzt wirtschaftlich eine sehr gute Zeit. Da wird man etwas sorglos. Viele haben das Gefühl, es sei Geld für alles da. Das Gleiche gilt für die Regulierung. Wenn es gut läuft, glaubt man, man könne den Unternehmen beliebig Vorschriften machen und Lasten aufbürden. Die grosse Herausforderung ist, dieser Versuchung zu widerstehen. Wenn wir mit unserem Geld verantwortungsvoll

« Viele haben das Gefühl, es sei Geld für alles da. »

umgehen und unseren Leuten und Unternehmen nicht ständig neue Vorschriften machen, dann kommt es gut!

Guy Parmelin: Die Schweiz muss wirtschaftlich konkurrenzfähig bleiben, damit der Wohlstand der Bürgerinnen und Bürger erhalten bleibt.

Unsere Bundesräte zur Zukunft der Schweiz



Guy Parmelin

Vorsteher des Eidgenössischen Departements für Wirtschaft, Bildung und Forschung (WBF)

Ehemaliger Landwirt und Winzer

Dazu müssen sich die Unternehmen jeglicher Grösse und Ausprägung entfalten können. Das heisst möglichst wenig administrative Belastungen und möglichst viel unternehmerischer Freiraum. Das bedeutet aber auch, Sorge zu tragen zu einer guten Berufsbildung, um für die stetigen Veränderungen im Arbeitsmarkt gerüstet zu sein.



Ueli Maurer

Bundespräsident, Vorsteher des Eidgenössischen Finanzdepartements (EFD)

Ehemaliger Geschäftsführer Zürcher Bauernverband

Sie kommen mit vielen Leuten in Kontakt, wo drückt der Schuh am meisten?

Ueli Maurer: Viele haben den Eindruck, dass sie langsam und schleichend ihre Heimat verlieren, dass sie im eigenen Land nicht mehr richtig zu Hause sind, dass in Frage gestellt wird, was ihnen wichtig ist. Und ich höre immer wieder: «Aber

denen in Bern ist das egal.» Das sorgt für Frustration; man fühlt sich ignoriert oder sogar als «Rassist» in die Extremisten-Ecke gestellt. Wir müssen wieder offen über Probleme reden können, sonst steht die Glaubwürdigkeit der Politik auf dem Spiel.

Guy Parmelin: Viele Menschen beklagen sich, dass ihnen, trotz enormen Anstrengungen im Beruf nicht mehr im Portemonnaie bleibt. Das relativ schwache Produktivitätswachstum und zusätzliche Belastungen, die das Leben verteuern, bereiten den Leuten Sorge. Hier müssen wir

« Zusätzliche Belastungen, die das Leben verteuern, bereiten den Leuten Sorge. »

ansetzen und bei unseren politischen Entscheiden vorab die Lebensqualität der Menschen im Auge behalten.

Frei und sicher.

SVP wählen!



www.svp.ch

Impressum:

EXTRABLATT | EXTRABLATT ist eine Publikation der Schweizerischen Volkspartei SVP | Auflage: 3'059'604 | Herausgeber und Redaktion: SVP Schweiz, Generalsekretariat | Postfach | 3001 Bern | Tel.: 031 300 58 58 | Fax: 031 300 58 59 | info@svp.ch | www.svp.ch | Gestaltung und Grafiken: GOAL AG für Werbung und Public Relations | Bildquellen: iStockphoto, Shutterstock, www.admin.ch, www.parlament.ch, SVP Schweiz | Druckerei: DZZ Druckzentrum Zürich AG.

Achtung: Bei dieser Zeitung handelt es sich weder um Werbung noch um Reklame, sondern um eine politische Information. Darum darf sie auch in jene Briefkästen verteilt werden, auf denen sich ein Stopp-Kleber befindet. Wir danken für Ihr Verständnis.

Freiheit und Sicherheit statt Gleichmacherei und Umverteilung

Von Thomas Aeschi, Nationalrat und Fraktionspräsident, Baar (ZG)

Wofür steht die Schweizerische Volkspartei? Für eine Schweiz in Sicherheit und Freiheit. Für eine selbstbestimmte, unabhängige und neutrale Schweiz mit einer gelebten direkten Demokratie und einem ausgeprägten Föderalismus. Für eine Schweiz, in welcher jeder Bürger eigenverantwortlich handelt und einen Staat möglichst wenig beansprucht. Für eine Schweiz mit einem starken Mittelstand, der tagtäglich zur Arbeit fährt und seine Kinder selbst erzieht.



Doch was wollen die Sozialisten aller Parteien? Sie wollen einen noch grösseren und noch mächtigeren Staatsapparat, in dem die Beamten in Bern – es sind heute schon mehr als 35'000 – dem Bürger vorschreiben, wie er sein Leben zu gestalten hat. Und in dem Steuern, Abgaben und Gebühren immer noch weiter wachsen müssen, um für den immer noch grösseren Staatshaushalt aufzukommen. Sie wollen immer noch mehr Gleichmacherei und Umverteilung – dies auf Kosten des arbeitenden und steuerzahlenden Mittelstandes.

Das will die SVP nicht. Wir wollen, dass auch künftige Generationen in einer freien und selbstbestimmten Schweiz in Frieden und Wohlstand leben dürfen.

Bald noch weniger im Portemonnaie?



Hier erfahren Sie, wie der rot-grüne Raubzug auf Ihr Geld konkret aussieht:

- Höhere Benzinpreise: Zusätzlich 12 Rappen pro Liter!**
Aufs Jahr hochgerechnet macht dieser Preisaufschlag für einen Familien- und Pendlerhaushalt bei 20'000 km im Jahr und einem Verbrauch von ca. 9 Liter/100 km rund Fr. 270.– aus.
plus Fr. 270.–
- Zusätzliche CO₂-Abgaben für Heizöl:** Die Umweltkommission des Ständerates hat beschlossen, die Öko-Abgabe pro Tonne CO₂ auf Fr. 210.– oder von 25 Rappen **auf 54 Rappen pro Liter Heizöl zu verdoppeln!**
Das ergibt für einen Haushalt in einer Mietwohnung von 100 m² und einem durchschnittlichen Verbrauch von 21 l/m²/Jahr einen Zuschlag von Fr. 1'134.–.
plus Fr. 1'134.–
- Flugticketabgabe von 30 bis 120 Franken pro Flug:**
Beispielflug nach London für eine vierköpfige Familie statt Fr. 400.– **neu Fr. 600.– bis 800.–!**
plus Fr. 400.–
- Verbot von Ölheizungen:** Die Umweltkommission des Ständerates hat beschlossen, dass bestehende Bauten nur noch massiv weniger Emissionen ausstossen dürfen. Das lässt sich praktisch nur mit einem Verbot von Ölheizungen erreichen. Die auf die Mieter abgewälzten Umrüstungskosten betragen im Durchschnitt **Fr. 1'128.–!**
plus Fr. 1'128.–

«Das Erfolgsmodell der Schweiz heisst Weltoffenheit in Selbstbestimmung»

EU-Rahmenvertrag – Personenfreizügigkeit – Zukunft der Schweiz – Bedeutung der Nationalratswahlen – Greta Thunberg. EXTRABLATT sprach mit alt Bundesrat Christoph Blocher über die aktuellen Herausforderungen der Schweiz.

Warum geht es der Schweiz wirtschaftlich besser als anderen Ländern?

Weil die Schweiz einen Vorsprung an Freiheit, Sicherheit und Selbstverantwortung hat. Ihr Erfolgsmodell heisst Weltoffenheit in Selbstbestimmung. Darum ist die Schweiz nicht Mitglied der EU. Dieses Erfolgsmodell soll jetzt unterwandert oder sogar zerstört werden. Ich bin sehr besorgt!

Die Wirtschaft läuft und läuft, die Menschen haben Arbeit... und Sie sorgen sich um die Schweiz?

Menschen, Unternehmen und Länder ruinieren sich in guten Zeiten.

Die Schweiz exportiert doch viel ins Ausland. Muss sie da nicht globalisierter werden, sich der EU anpassen?

Swatch-Chef Nick Hayek sagt es am deutlichsten: Die Schweiz müsse sich sicher nicht den Rahmenbedingungen

weder den Vertrag nicht gelesen oder verfolgt rücksichtslos eigene Geld- und Machtinteressen auf Kosten unseres Landes und unserer Wohlfahrt.

Nicht nur die Wirtschaftsverbände, auch Universitäten und Studenten sind für einen Rahmenvertrag.

Ja, ja. Diese wollten uns schon 1992 in die EU treiben. Jugendliche Visionsfreude in Ehren, aber Erfahrung und Vernunft zeigen hier einen anderen Weg. Das Volk hat zum Glück schon 1992 Nein zum EU-Beitritt gesagt.

Aber der Bundesrat sagt, ohne einen Rahmenvertrag werden wir in der EU diskriminiert werden.

Das ist dummes Zeug. Damit droht man uns seit 30 Jahren. Die EU exportiert mehr in die Schweiz als die Schweiz in die EU. Einen derart guten Kunden diskriminiert keiner.

Kann sich die Schweiz dem überhaupt entziehen?

Sicher. Wenn die Schweiz will und es klar zum Ausdruck bringt, ist das einfach! Die Schweiz hat schon viel härtere Zeiten überstanden, ohne sich aufzugeben.

Wie soll es mit der Schweiz ohne dieses Abkommen weitergehen?

Ganz einfach: Wie bisher den bewährten schweizerischen Weg gehen. Weltoffen sein – aber die Staatssäulen nicht preisgeben. Die schlechten Tage stehen bereits vor der Tür. Die Geschichte zeigt: Wir werden diese am besten überstehen, wenn wir uns treu bleiben!

Mit der Begrenzungsinitiative will die SVP die Personenfreizügigkeit beenden – die Gegner sagen, das schade der Wirtschaft.

Diese Initiative will endlich die exzessive Zuwanderung begrenzen. Die Zuwanderung soll eigenständig gesteuert werden, so wie es das Schweizer Volk und die Kantone beschlossen haben. Die rücksichtslose Classe politique hat



Schweiz dank der unbeschränkten Personenfreizügigkeit und der verantwortungslosen Asylpolitik – sogar bei guter Wirtschaftslage – eine höhere Arbeitslosenquote als Deutschland! Jetzt wackelt die gute Wirtschaftssituation. Müssen wir warten, bis die Schweiz in der Arbeitslosigkeit versinkt? Ich finde, nein, wir sollten endlich handeln.

laissez aller» herrscht in der Asylpolitik. Die Bevölkerungszunahme der Schweiz seit 2007 beträgt eine Million mehr! Vom Dichtestress und der extensiven Bautätigkeit nicht zu reden!

Warum ist es so wichtig, dass die SVP die Wahlen gewinnt?

Wenn die SVP verliert, hat sie im Parlament weniger Sitze und damit wäre das Bollwerk gegen all den Unsinn, der in Bundesbern gegen unsere Freiheit und Sicherheit beschlossen wird, geschwächt. Dann werden in Bundesbern noch mehr Bürokratie, noch mehr Steuern, Abgaben und Gebühren und Verbote beschlossen. Das heisst: Den Menschen in der Schweiz wird es schlechter gehen – vor allem dem Mittelstand.

« Soll die EU bestimmen, dass jeder Einwanderer ein Anrecht auf die volle Sozialhilfe hat? »

Die Schwedin Greta Thunberg ist etwa im Alter Ihrer Enkel – was würden Sie der jungen Klimaaktivistin sagen, wenn Sie ihr begegneten?

«Guten Tag Frau Thunberg, schön, dass Sie sich für ein gutes Klima einsetzen. Sorgen wir für gute Luft, gesundes Wasser, gesunde Böden, aber ohne kopflose, sehr kostspielige, unverhältnismässige Massnahmen, die erst noch nichts nützen. Denn diese werden dazu führen, dass die Menschen sowohl Freiheit und Sicherheit verlieren und dabei verarmen!»



der EU anpassen. Die EU solle sich denen der Schweiz annähern. Das stimmt: Wir haben objektiv die besseren Rahmenbedingungen.

Aber mit dem Rahmenvertrag müssten wir ja nicht der EU beitreten, sondern nur an die EU andocken.

Der Rahmenvertrag will, dass die EU für die Schweiz die Gesetze erlässt – auch gegen den Willen der Schweizer Bürger. Wie weit müssen Politiker gesunken sein, die einen solchen Unterwerfungsvertrag wollen? Mit Ausnahme der SVP wollen dies alle anderen Parteien!

Und Wirtschaftsverbände, auch Manager, wollen den Vertrag unterzeichnen.

Ja, leider! Obwohl sie wissen, dass dieser Rahmenvertrag die Schweiz in die EU führt. Nein, wer einen solchen Vertrag unterzeichnen will, hat ent-

Sehen Sie das nicht alles zu schwarz?

Nein, mit diesem Unterwerfungsvertrag würde die EU nicht nur für die Schweiz die Gesetze machen. Im Streitfall würde auch der EU-Gerichtshof entscheiden. Wir Schweizer müssten uns zu fremdem Recht und zu fremden Richtern verpflichten. Wollen wir wirklich – auch gegen unseren Willen – dass beispielsweise unsere Verkehrs-

politik durch die EU bestimmt wird? Soll die EU unsere Landwirtschaftspolitik bestimmen? Oder darüber, dass jeder Einwanderer ein Anrecht auf die volle Sozialhilfe hat? Soll die EU bestimmen, wie wir unsere Kantonalbanken organisieren? Oder unsere Steuern? Wie viele Milliarden sollen wir – auch gegen unseren Willen – an die EU zahlen?

« Wie weit müssen Politiker gesunken sein, die einen solchen Unterwerfungsvertrag wollen? »



den Verfassungsauftrag jedoch machtbesoffen missachtet und sogar ins Gegenteil verkehrt. Die EU hat sich bisher geweigert, zu verhandeln. Das verlangt nun die Begrenzungsinitiative. Nur wenn die EU nicht Hand bietet, muss die Kündigung der Personenfreizügigkeit in Kauf genommen werden. Das schadet der Wirtschaft nicht. Die Berufsleute, die man in der Schweiz braucht, werden weiterhin kommen, das gilt auch für Grenzgänger. Da können wir von der Wirtschaft beruhigt sein! Nicht mehr möglich sein soll dagegen all die missbräuchliche Zuwanderung, die zu Erwerbslosen und horrenden Sozialkosten führt. Schon heute hat die

Aber die Schweiz braucht doch Fachkräfte aus dem Ausland – wie soll dies ohne Personenfreizügigkeit geregelt werden?

Wenn man die Fachkräfte in der Schweiz nicht findet, dann können sie kommen. Kurzarbeiter sind für eine beschränkte Zeit zugelassen. Das hat die Schweiz von 1971 bis 2007 mit grossem Erfolg getan. Dann hat die EU der Schweiz die Personenfreizügigkeit aufs Auge gedrückt. Man versprach den Schweizern, dass nicht mehr als 8'000 bis 10'000 Einwanderer pro Jahr kämen. Es kamen jedoch netto über 65'000 pro Jahr, und die Sozialkosten explodierten. Das selbe «laissez faire –

Christoph Blocher – kurz & bündig

Geboren: 11. Oktober 1940 in Zürich, aufgewachsen in Laufen am Rheinfluss – **Heimatort:** Meilen/ZH und Schattenhalb/BE, Ehrenbürger von Lü im Val Müstair – **Wohnort:** Herrliberg/ZH, verheiratet, 4 Kinder, 12 Enkelkinder – **Ausbildung:** 2 Jahre landwirtschaftliche Lehre in Ossingen/ZH, Jus-Studium in Zürich, Montpellier und Paris, Promotion zum Doktor beider Rechte – **Berufliche Karriere:** Eintritt in die Rechtsabteilung der EMS-Chemie nach Abschluss des Studiums, Direktionsvorsitzender der EMS-Chemie AG (ehemals Emser Werke), Übernahme der Aktienmehrheit der EMS-Chemie Holding AG, Präsident und Delegierter des Verwaltungsrates der EMS-Chemie Holding AG, Medienunternehmer – **Militärische Laufbahn:** Oberst, ehemaliger Kdt Ls Rgt 41 – **Politischer Werdegang:** Mitbegründer des «Studentenrings» an der Universität Zürich, Mitglied des Gemeinderates Meilen, Kantonsrat, Präsident der SVP des Kantons Zürich, Nationalrat, Präsident der Aktion für eine unabhängige und neutrale Schweiz (AUNS), Bundesrat und Vorsteher des Eidg. Justiz- und Polizeidepartementes, Präsident des Komitees gegen den schleichenden EU-Beitritt, 2018 Rücktritt von allen politischen Mandaten

Stoppt die EU-Trickser im Bundeshaus

Von Nationalrat und Ständeratskandidat Roger Köppel, Chefredaktor und Herausgeber der Weltwoche

Im Mikado-Spiel hat verloren, wer seine Stäbe als Erster bewegt. Im Kampf um den EU-Anbindungsvertrag hat offenbar verloren, wer sich vor den eidgenössischen Wahlen vom 20. Oktober festlegt. Das Thema wird von jenen Parteien, die das EU-Diktat wollen, grossräumig umgangen.



Sie alle wollen am liebsten überhaupt nicht davon reden. Doch sie stecken alle unter einer Decke: Economie-suisse, Arbeitgeberverband, FDP, CVP,

Grünliberale, Grüne und SP. Selbst die Gewerkschaften werden – geködert mit einigen Zugeständnissen zum Schaden des freien Arbeitsmarktes – Ende Jahr ins befürwortende Lager wechseln.

Erfolgsmodell Schweiz gefährdet

Die Schweiz ist ein ursprünglich mausarmes Land. Nur dank ihrer Staatssäulen wurde der einzigartige Erfolg im Hinblick auf Wohlstand, Frieden und sozialen Ausgleich möglich. Die Säulen dieses Erfolgs heissen direkte Demokratie, Föderalismus

und bewaffnete Neutralität. All dies wäre durch den Anbindungsvertrag mit der EU gefährdet. Die EU könnte bei der Personenfreizügigkeit, den Landwirtschafts- und Industrienormen, bei der Energieversorgung, ja selbst bei den Nord-Süd-Verkehrsachsen ihre Regeln durchsetzen.

Volkentscheide ade

Die Bürger als Chefs wären zur Seite geschoben. An ihre Stelle treten das EU-Recht und das EU-Gericht. Man wird uns vorgaukeln, wir dürften ja immer noch abstimmen, müssten einfach die «Ausgleichsmassnahmen» von Brüssel in Kauf nehmen. Das ist so zynisch, wie wenn den Auto-

Ausweisenzug, Gefängnisstrafe und fünfstelliger Busse tragen.»

«Die EU-Anbindungs-koalition scheut das Tageslicht.»

fahrern gesagt würde: «Ihr seid völlig frei, mit 180 Kilometern pro Stunde durch eine 30er-Zone zu rasen. Ihr müsst einfach die Ausgleichsmassnahmen von sofortigem, ewigem

Über all das müsste man eigentlich vor den Wahlen reden. Doch die EU-Anbindungskoalition scheut das Tageslicht. Sie wollen das Volk und die Kantone nach dem 20. Oktober überrumpeln. Lassen Sie sich dieses Täuschen und Tricksen nicht gefallen! Wählen Sie nur Volksvertreter, die zu unseren bewährten Staatssäulen stehen!

Wie ein Match Schweiz-Deutschland, bei dem Deutschland die Regeln macht

Von Nationalrat Thomas Matter, Unternehmer

Was der EU als sogenanntes Rahmenabkommen mit der Schweiz vorschwebt, ist nichts anderes als ein Unterwerfungsvertrag – zum einseitigen Nutzen der EU. Kein anderer Staat dieser Welt würde so etwas eingehen.



Seit 700 Jahren kennt die Schweiz bilaterale Verträge. Das etwas hochtrabende Wort «bilateral» heisst ganz einfach: «zweiseitig», «zwei Seiten betreffend». Es handelt sich dabei um Abkommen mit allen Ländern, abgeschlossen zum gegenseitigen Nutzen beider Partner – auf Augenhöhe, zwischen zwei Gleichberechtigten. Das ist das Selbstverständlichste der Welt. Allein mit der EU kennt die Schweiz über 150 bilaterale Verträge.

Doch im Jahr 2008 teilte die EU der Schweiz erstmals unmissverständlich mit, dass sie diese Art von bilateralen Verträgen nicht mehr will. Brüssel verlangt statt der Rechtsentwicklung zwischen Gleichberechtigten neu einen «Rahmen» für alle bisherigen und sämtliche künftigen Abkommen, wonach die Schweiz die von der EU vorgegebenen Änderungen übernehmen muss. Das Resultat entsprechender

mehrjähriger Verhandlungen ist das jetzt vorliegende institutionelle Abkommen.

EU-Abkommen entmacht die Schweizer Bürgerinnen und Bürger

Dieses Abkommen wäre das Ende, nicht die Fortsetzung des bilateralen Weges. Volk, Kantone und Parlament hätten in den wichtigsten Fragen unseres Landes nichts mehr zu sagen. Die Schweizer Bürgerinnen und Bürger wären als oberste Gesetzgeber in zentralen Teilen unserer Wirtschafts-, Sozial- und Aussenpolitik entmacht. Wir müssten automatisch fremdes Recht übernehmen, fremde Richter akzeptieren, und bei missliebigen Abstimmungen dürfte uns die EU ganz legal bestrafen.

Es wäre wie ein Fussballspiel zwischen der Schweiz und Deutschland, bei dem die Deutschen die Regeln machen, diese während des Spiels einseitig ändern, den Schiedsrichter stellen und unsere Mannschaft erst noch ganz legal ins Schienbein treten dürften. Ich kenne unter den

«Dieses Abkommen wäre das Ende, nicht die Fortsetzung des bilateralen Weges.»

194 Staaten dieser Welt keinen einzigen, der sich durch einen ähnlichen «monolateralen» Unterwerfungsvertrag derart auf Gedeih und Verderben an ein anderes Staatsgebilde gebunden hat.



Der EU-Rahmenvertrag – Ein aufgezwungenes Korsett

Von Nationalrätin Magdalena Martullo-Blocher, Unternehmerin

Das vom Bundesrat mit der EU ausgehandelte Rahmenabkommen sei angeblich für die Schweiz massgeschneidert, sagen die, die es ausgehandelt haben. Das Gegenteil ist der Fall: Dieser Vertrag würde uns in jeder Hinsicht die Luft abschnüren.



Das vom Bundesrat präsentierte institutionelle Abkommen mit der EU (InstA) passt uns nicht. Es ist gar nicht «massgeschneidert». Diese EU-Schneider haben kein einziges Mal

Mass genommen an uns Schweizern ... Der Vertrag ist vielmehr ein Korsett, das uns übergestülpt und aufgezwungen wird! Es zwingt uns in europäische Regelungen, welche nicht zu unserem Alltag, unserem Leben oder unseren Werten passen. Wir verpflichten uns, EU-Recht zu übernehmen; wenn wir anders abstimmen, werden wir bestraft. Fremde Richter am Europäischen Gerichtshof entscheiden. Das Schiedsgericht hat nichts zu sagen.

«Mit dem vorliegenden Vertrag wird die Personenfreizügigkeit massiv ausgeweitet.»

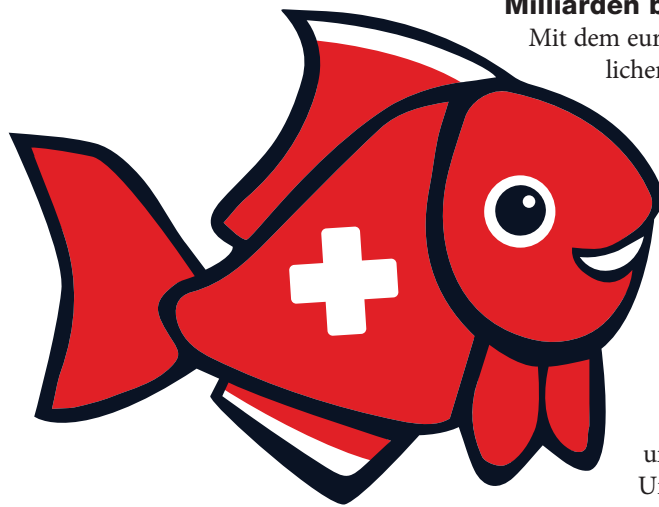
Noch einfacher einwandern

Mit dem vorliegenden Vertrag wird die Personenfreizügigkeit massiv ausgeweitet, Aufenthaltsrecht und Familiennachzug werden noch stärker vereinfacht. Die Masseneinwanderung wird zunehmen und die Wohnungsknappheit, steigende Mieten, überfüllte Strassen und Züge auch. Unsere Sozialwerke werden zu höheren Lohnabzügen und niedrigeren Leistungen gezwungen. Die langjährige Sozialpartnerschaft wird ersetzt.

gungende Mieten, überfüllte Strassen und Züge auch. Unsere Sozialwerke werden zu höheren Lohnabzügen und niedrigeren Leistungen gezwungen. Die langjährige Sozialpartnerschaft wird ersetzt.

Milliarden bezahlen

Mit dem europäischen Verbot staatlicher Beihilfen dürfen sich Kantone und Gemeinden nicht mehr wirtschaftlich engagieren ohne Genehmigung der EU. Das trifft die kantonalen Steuersysteme: Anreize für Ansiedlungen, Wirtschaftshilfen, Steuervergünstigungen und regionalpolitische Unterstützungen in den Kantonen sind dann nicht mehr möglich. Eine europäische Mehrwertsteuer



Jetzt für die Freiheit, Unabhängigkeit und Selbstständigkeit der Schweiz eintreten.

Der Kampf gegen das sogenannte **EU-Rahmenabkommen**, den geplanten **Unterwerfungsvertrag**, führt das überparteiliche Komitee «EU NO». Das Komitee gegen den schleichenden EU-Beitritt besteht aus zahlreichen namhaften Persönlichkeiten aus der ganzen Schweiz. Präsiert wird das Komitee von Nationalrat und Weltwoche-Herausgeber Roger Köppel. Werden auch Sie noch heute Mitglied auf www.eu-no.ch oder füllen Sie den **Beitrittstalon auf Seite 8** aus.

Werden Sie Mitglied im überparteilichen Komitee «EU NO»!



Die Nettozuwanderung ist 2018 mit über 50'000 Personen – das ist einmal die Stadt Biel – immer noch sechsmal höher als der Bundesrat der Bevölkerung bei der Abstimmung zur Personenfreizügigkeit weismachen wollte.

Mehr Geld für die AHV statt fürs Ausland

Von Nationalrat Marcel Dettling, Landwirt

Der Bund gibt immer mehr für das Ausland aus. Das will die SVP ändern und für die Schweizer die AHV-Renten sichern. Von den jährlich gegen 5 Milliarden Franken, die allein der Bund für die Asyl- und die Entwicklungshilfe ausgibt, soll mindestens eine Milliarde Franken pro Jahr in die AHV umgelagert werden. Ebenfalls ist die Kohäsionsmilliarde in die AHV statt an die EU zu zahlen.

Der vom Volk verlangte Inländervorrang wurde von einer SP-FDP-Allianz in einen Ausländervorrang verkehrt. Dabei ist die Erwerbslosigkeit in der Schweiz mit 4,8 Prozent höher als in Deutschland. Die Zuwanderung kostet die Schweiz Unsummen an Sozialbeiträgen, Integrationskosten und für den Ausbau der Infrastruktur. Gleichzeitig zahlt der Bund jährlich die riesige Summe von gegen 5 Milliarden Franken für das Asylwesen und die Entwicklungshilfe. Das ist mehr, als die Schweiz für die eigene Sicherheit ausgibt, und sogar fast zweimal das, was die Schweizer Landwirtschaft kostet. Dazu kommt noch die geplante Kohäsionsmilliarde für die EU. Die Schweiz leistet immer mehr für das Ausland

und für die Versorgung von Sozialmigranten aus aller Welt. Das ist inakzeptabel, und Gegenmassnahmen sind zwingend. Die Begrenzungsinitiative der SVP sorgt dafür, dass die Schweiz die Zuwanderung endlich entsprechend dem Volkswillen selber steuern kann. Es braucht aber auch neue Prioritäten bei der Verwendung der Bundesgelder. Von der Entwicklungs- und Asylhilfe soll mindestens eine Milliarde Franken pro Jahr in die AHV umgelagert werden. Ebenso sollen die 1,3 Milliarden Franken nicht an die EU bezahlt werden. Vielmehr soll das Geld den Menschen in der Schweiz zugutekommen – zur Sicherung der AHV-Renten des hart arbeitenden Mittelstandes.

Institutionelles Abkommen – Lesen Sie, was die EU wirklich will

Dieses Abkommen, auch EU-Rahmenvertrag genannt, ist auf dem Tisch. Alle – ausser der SVP – wollen es. Aber niemand – ausser der SVP – möchte vor den Nationalratswahlen am 20. Oktober darüber reden. Verständlich! Denn, wer den Rahmenvertrag im Wortlaut liest, merkt schnell: Der sogenannte Rahmenvertrag ist ein Unterwerfungsvertrag, der das Ende der direkten Demokratie sowie der Unabhängigkeit, der Freiheit und Selbstständigkeit der Schweiz bedeutet. CVP, BDP, FDP, Grüne, Grünliberale und SP sind bereit, unser Land zu verkaufen.

Lesen Sie selbst auf: www.eu-no.ch

(Klicken Sie in der Menüliste der Internetseite www.eu-no.ch auf «Kommentiertes Insta»)

Arbeit muss sich wieder lohnen

Von Nationalrätin Sandra Sollberger, Malermeisterin

Einst als Überbrückungshilfe in Notlagen gedacht, ist die Sozialhilfe heute für bestimmte Bevölkerungsgruppen, etwa für Personen aus dem Asylbereich, längst zum bedingungslosen Grundeinkommen geworden. Eine fatale Fehlentwicklung, die Arbeit unattraktiv macht und die die Schweizer Steuerzahler Milliarden kostet.



Wenn die Schweizerische Konferenz für Sozialhilfe (SKOS) verkündet, Kürzungen in der Sozialhilfe seien unmöglich und unmenschlich, dann ist das reine Sozialarbeiter-Propaganda. Gemäss SKOS-Richtlinien erhält ein Ein-

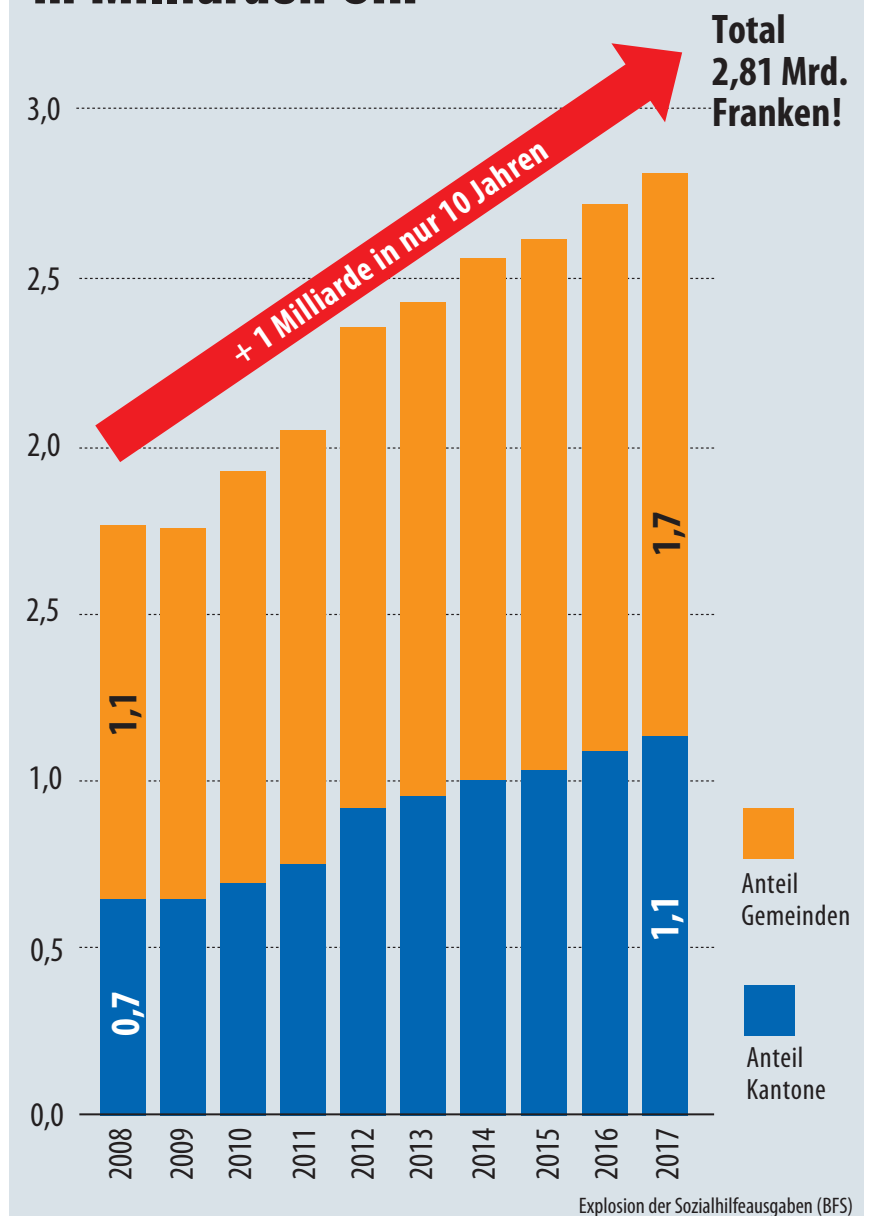
personenhaushalt einen monatlichen Bargeld-Grundbedarf von 986 Franken, ein Vier-Personen-Haushalt erhält 2'110 Franken. Wie die Betroffenen dieses Geld ausgeben, steht ihnen frei.

Denn anders als die SKOS dies suggeriert, ist der Grundbedarf bei Weitem nicht alles, was Sozialhilfebezüger bekommen. So kommt beispielsweise eine vierköpfige Familie mit Miete, Krankenkassenprämien (KVG) und sogenannten situationsbedingten Leistungen (zum Beispiel Zahnarzt, Dentalhygiene, Kinderkrippe, Schulmaterial, ÖV-Abos etc.) auf Leistungen von monatlich über 5'000 Franken. Dies notabene steuerfrei.

Wer den Unterhalt seiner Familie mit bezahlter Arbeit bestreiten will, der muss deutlich mehr verdienen, als er von der Sozialhilfe als steuerfreie Nettoleistung bekommt. Denn sonst lohnt sich Arbeit nicht. Es ist allerdings illusorisch, zu glauben, dass jemand mit ungenügender Ausbildung und ohne Arbeitserfahrung monatlich mehr als 6'000 Franken verdient.

Deshalb braucht es nicht mehr Geld für die Sozialhilfe, sondern mehr Anreize, zu arbeiten. Die Fleissigen und Motivierten sollen belohnt werden. Die Integrationsunwilligen und die Faulen hingegen sollen nur noch ein Minimum an Unterstützung erhalten. Öffentliche Sozialhilfe ist verbunden mit einer generellen Arbeitspflicht.

Kostenexplosion in der Sozialhilfe in Milliarden CHF



Kämpfen Sie mit uns für mehr Sicherheit

Von Nationalrat Walter Wobmann, Präsident Egerkinger Komitee



Die Volksinitiative «Ja zum Verhüllungsverbot» erhöht die Sicherheit. Sie setzt Saubannerzügen vermummter Vandalen und Chaoten, wie sie an Sportanlässen, Demonstrationen oder im Gefolge der 1.-Mai-Umzüge regelmässig vorkommen, endlich ein Ende.

Zudem schützt ein Verhüllungsverbot die in der Schweiz verbrieften Freiheitsrechte der Frauen. Dass Frauen ebenso wie Männer in der

Öffentlichkeit ihr Angesicht jederzeit zeigen, ist auch ein Gebot elementarer Gleichberechtigung. Die Schweiz ist der Tradition der Freiheit verpflichtet. Freie Menschen – Frauen und Männer – blicken einander ins Gesicht, wenn sie miteinander sprechen. Niemand darf gezwungen werden, sein Gesicht zu verhüllen. Die Initiative wird im nächsten Jahr zur Abstimmung kommen. Wir zählen auf Ihre Unterstützung.



Frei und sicher.



www.svp.ch

SVP wählen!





Was will die Begrenzungs-Initiative der SVP?

Die Begrenzungsinitiative will eine massvolle und eigenständige Steuerung der Zuwanderung. Sie kommt voraussichtlich im Mai 2020 zur Abstimmung. Seit der Einführung der Personenfreizügigkeit im Jahr 2002 sind netto 1,1 Millionen Menschen in die Schweiz eingewandert. Und noch immer kommen jährlich 60'000 bis 80'000 Zuwanderer hinzu.

Dies mit weitreichenden Folgen für unser Land. Die Befürworter der Personenfreizügigkeit behaupten, diese sei zentral für die Wirtschaft. Das stimmt nur dann, wenn man die Wirtschaft isoliert betrachtet und die übrigen Kosten ausser Acht lässt – bei-

spielsweise für die Sozialwerke, die Bildung, das Gesundheitswesen oder die Sicherheit. Und wenn man zudem darüber hinwegsieht, dass die Personenfreizügigkeit vor allem über 50-jährige Arbeitnehmer massiv unter Druck setzt, weil sie leicht durch jüngere und billigere Ausländer ersetzt werden können. Ein Problem, das der Bundesrat mit einem neuen Sozialwerk «Überbrückungsrente» lösen will.

Das Bedürfnis der Wirtschaft nach qualifizierten Arbeitskräften kann auch einseitig, aber kontrolliert von der Schweiz erfüllt werden. D.h. ohne Freizügigkeitsabkommen, aber ent-

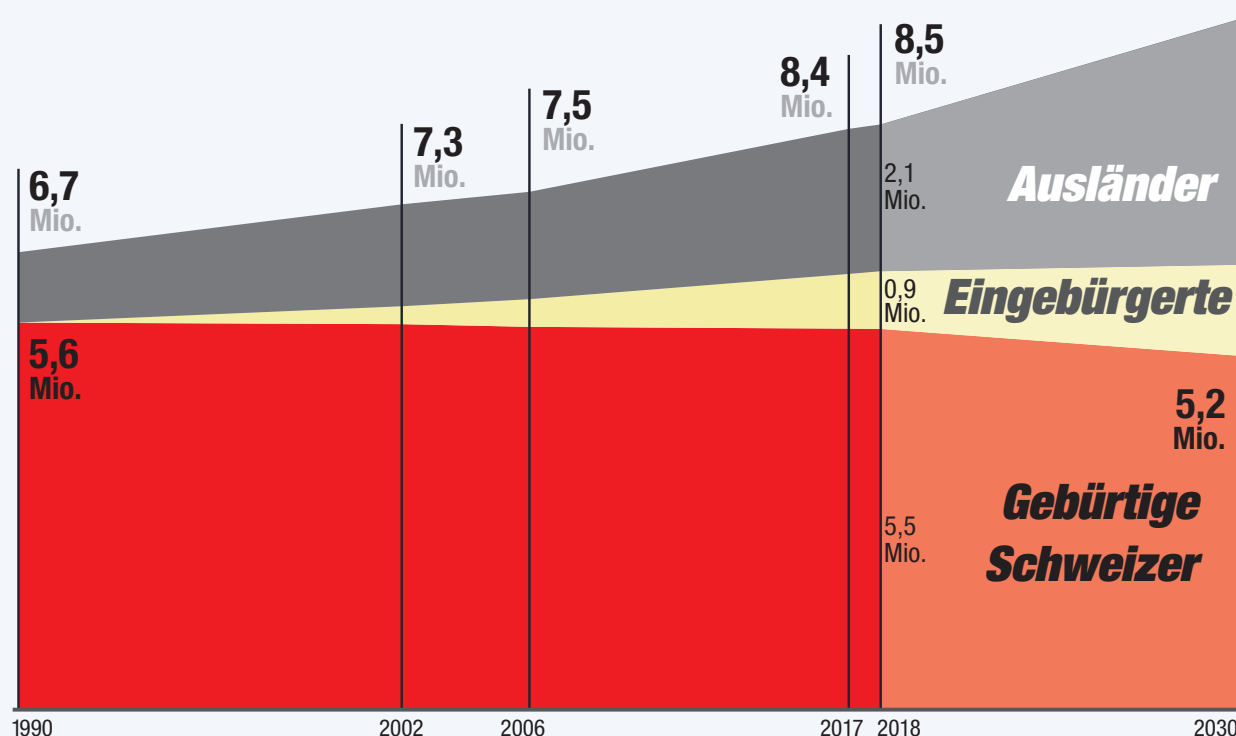
sprechend unserer Verfassung unter Berücksichtigung der gesamtwirtschaftlichen Situation und mit einem Inländervorrang, der die älteren Arbeitnehmer wirksam schützt.

Die Haltung der SVP ist klar: Diese gravierenden und teuren Folgen der Zuwanderung kann die Schweiz nur mit der eigenständigen Steuerung der Zuwanderung in den Griff bekommen. Dies ist heute wegen der Personenfreizügigkeit jedoch nicht möglich: Denn mit dem Personenfreizügigkeitsabkommen zwischen der Schweiz und der EU haben 500 Millionen EU-Bürger einen Rechtsanspruch auf Zuwanderung in die Schweiz.

www.begrenzungsinitiative.ch

Schon bald 10-Millionen-Schweiz?

10 Mio.



Immer mehr Einwanderung sorgt für Bevölkerungsexplosion.

Quelle: BFS, Entwicklung ständige Wohnbevölkerung in der Schweiz plus eigene Hochrechnung. Einbürgerungen pro Jahr ab 1990 kumuliert.

Meinung

Die Zerstörung des Erfolgsmodells Schweiz?

Christoffel Brändli über Zuwanderung und Umweltpolitik

In den letzten dreizehn Jahren hat die Bevölkerung der Schweiz durch die Zuwanderung um mehr als 1 Million Einwohner zugenommen. Mit Ausnahme der SVP wollen alle anderen Parteien weiterhin eine von der EU bestimmte Zuwanderung und gehen von einem Wachstum unserer Bevölkerung auf 10 Millionen aus.

Offenbar will man aus kurzfristigen Geschäftsinteressen diese Entwicklung und blendet deren Auswirkungen «grosszügig» aus. In der Tat laufen wir Gefahr, die Qualitäten unseres Wohlfahrtsstaates aufzugeben. Warum?

Das Bevölkerungswachstum sowie die wachsenden Bedürfnisse bedingen die Bereitstellung von 20-30% mehr Wohnraum. Das bedeutet entsprechenden Landverschleiss oder bei konzentrierter Bauweise die Entwicklung von Slums in unseren Agglomerationen. Bereits heute nehmen wir diese Entwicklung wahr ohne darauf zu reagieren. Haben Sie einmal überlegt, was es beispielsweise für die Stadt Chur bedeuten würde, 30% mehr Wohnungen zur Verfügung stellen zu müssen? Wo sind die Grünliberalen, die sich kürzlich noch für die Schonung unserer Kulturlandschaft stark machten?

Dabei ist nicht nur der Wohnraum das Problem. Ein bis zwei Millionen mehr Menschen belasten unsere bereits heute überforderten Verkehrsinfrastrukturen zusätzlich. Ein bis zwei Millionen mehr Menschen bedeuten mindestens 500'000 zusätzliche Autos oder einen nicht finanzierbaren Ausbau des öffentlichen Verkehrs.

Unsere Sozialeinrichtungen (AHV, Fürsorge, Krankenversicherung und andere mehr) werden noch unfinanzierbar. Allein für die Finanzierung der zusätzlichen AHV-Renten müssten wir in Zukunft zwei bis drei Millionen neue Arbeitsplätze schaffen. Ein Ding der Unmöglichkeit im sich abzeich-

nenden Digitalzeitalter! Eine 10-Millionen-Schweiz wird aber auch viel mehr Energie konsumieren. Woher diese beschafft werden soll, steht heute in den Sternen. Auch unsere Gesellschaft ändert sich dramatisch. Eine Integration ist kaum mehr möglich. Spannungen zwischen Zuwanderern und Einheimischen nehmen zu. In den Schulen wird es aufgrund der heterogenen Zusammensetzung der Schüler immer schwieriger Lernziele zu erreichen. Statt eine Einheit der Bevölkerung zu bilden, verzetteln wir uns immer mehr in verschiedene Volksgruppen, die wohl hier leben, aber kaum mehr etwas miteinander zu tun haben.

Wie reagiert die Politik auf diese Entwicklungen? Man gründet eine Klimaallianz (was das auch immer heissen mag) und versucht von sich abzeichnenden Problemen mit der masslosen Zuwanderung abzulenken. Die Grossindustrie verdankt ihr diese Haltung, weil sie kurzfristig dank der Zuwanderung mehr Gewinne einheimen kann.

Es ist an der Zeit, dass das Schweizer Volk aufwacht und seine Zukunft selbst in die Hand nimmt. Es ist fünf vor zwölf – das Rahmenabkommen mit der EU, mit dem wir uns der EU definitiv unterwerfen, steht kurz vor der Umsetzung. Damit hätte das Masslose Ihr Ziel erreicht: die endgültige Zerstörung des Erfolgsmodells Schweiz, das auf Selbstbestimmung, Bescheidenheit und Freiheit aufbaut.

Christoffel Brändli ist alt Regierungsrat und alt Ständerat. Er wohnt in Landquart (GR).

Der Umwelt zuliebe – Zuwanderung begrenzen

Das Resultat der ungesteuerten Massen-Zuwanderung: In den letzten 13 Jahren wanderte eine Million Menschen in die Schweiz ein. Ein Bevölkerungszuwachs, der unserer Umwelt, unserem Klima direkt schadet. Denn die Konsequenzen für unser Land durch diese masslose Zuwanderung sind gravierend: In den letzten 13 Jahren wurden Grünflächen im Umfang von 57'000 Fussballfeldern bebaut. Das sind 407 Millionen Quadratmeter Natur, die zubetoniert wurden. Dies unter an-

derem für 454'000 neue Wohnungen. Eine Million Zuwanderer bedeutet aber auch 543'000 Autos und 789 Busse mehr auf den Strassen sowie 9 Milliarden zusätzlich zurückgelegte Kilometer. Mit einer Million Zuwanderer verbraucht die Schweiz mindestens 2 Milliarden Kilowattstunden mehr Strom pro Jahr. Dies entspricht der Leistung von über 500 Gross-Windanlagen. Und schliesslich verbraucht eine Million Zuwanderer jährlich 59 Milliarden Liter Wasser.

Schweiz nicht weiter zubetonieren!



Fragen

– zu den Wahlunterlagen?
– zu den Wahlen?

Kostenlose kompetente Auskunft!

Ab dem 13. September bis am 20. Oktober können Sie sich kostenlos über die National- und Ständeratswahlen 2019 informieren. Wie wählt man richtig? Wie kann man seine Stimme zugunsten der Schweiz am besten geltend machen?

Wir sind von Montag bis Sonntag von 09.00 bis 18.00 Uhr für Sie da.



Gratis-Wahlhotline:

0800 0 1291 0

Mail:

wahlen@svp.ch



In einer dunklen Kammer...



...kurz nach 21.00 Uhr trifft sich die Speerspitze der wählerstärksten Partei der Schweiz. Die wohl verrückteste Zeit im politischen Leben nimmt damit wieder ihren Anfang ...
Schauen Sie «Wahlkampf – Der Film» auf:

www.wahlkampfderfilm.ch



Grosses Wahl-Quiz Mitmachen und gewinnen!

www.svp.ch/wettbewerb



1 Was bedeutet das geplante EU-Rahmenabkommen für die Schweiz?

- ☐ Einverleibung der EU in die Schweiz = **FA**
- ☐ Unterwerfung der Schweiz durch die EU = **SV**



2 Wie viele Einwanderer sind seit 2007 netto in die Schweiz gekommen?

- ☐ rund 100'000 = **KE**
- ☐ rund 1'000'000 = **PW**



3 Wen können Sie gratis anrufen, wenn Sie Fragen zum Ausfüllen Ihrer Wahlunterlagen haben?

- ☐ Mike Shiva = **NE**
- ☐ SVP-Gratis-Wahlhotline = **AE**



4 Wie lautet der Wahlspruch der SVP für die eidgenössischen Wahlen am 20. Oktober?

- ☐ «Freibier auf sicher» = **W**
- ☐ «Frei und sicher» = **H**



5 Auf wie viel Prozent würde die MwSt. in der Schweiz (aktuell 7,7 %) bei einem EU-Beitritt steigen?

- ☐ Auf mindestens 10 % = **S**
- ☐ Auf mindestens 15 % = **LE**



6 Wer hat's gesagt? «Dieses Abkommen wäre das Ende, nicht die 'Fortsetzung' des bilateralen Weges?»

- ☐ Thomas Matter, SVP-Nationalrat = **N**
- ☐ Christa Markwalder, FDP-Nationalrätin = **!**

Machen Sie beim Wettbewerb online mit:
www.svp.ch/wettbewerb

Die richtige Lösung lautet:

1 2 3 4 5 6

Kreuzen Sie die richtigen Antworten an, schreiben Sie die Buchstaben in der Reihenfolge der Fragen auf und schicken Sie die Lösung ein. Einsendeschluss: 20. Oktober 2019

1. – 5. Preis: Persönliche Einladung von alt Bundesrat Christoph Blocher zu sich nach Hause. Er führt Sie und eine Begleitperson Ihrer Wahl exklusiv durch seine private Bildersammlung der Künstler Anker und Hodler.

Die Gewinner werden Ende Oktober 2019 schriftlich benachrichtigt. Über den Wettbewerb wird keine Korrespondenz geführt. Eine Barauszahlung ist nicht möglich. Der Rechtsweg ist ausgeschlossen.

Frei und sicher. So soll unsere Schweiz bleiben. Ich helfe mit!

- ☐ Ich möchte Mitglied der SVP in meinem Wohnort bzw. Bezirk / Region werden. Ich zahle einen jährlichen Mitgliederbeitrag und werde zu den Versammlungen und Veranstaltungen eingeladen.
 - ☐ Ich wäre gerne informiert über die laufenden Aktivitäten, Medienmitteilungen und Artikel der SVP Schweiz. Bitte senden Sie mir ab sofort den Gratis-Newsletter an die untenstehende E-Mail-Adresse.
 - ☐ Bitte senden Sie mir kostenlos das Parteiprogramm der SVP Schweiz zu.
 - ☐ Ich bin bereit, mein Land, meine Scheune, meine Hausmauer für die Plakate der **SVP-Nationalratswahl-Kampagne** zur Verfügung zu stellen.
- Bitte schicken Sie mir:
- _____ A0-Allwetter-Plakate (fest) (A0 = 84,1 cm x 118,9 cm)
- _____ A2-Papier-Plakate (A2 = 42 cm x 59,4 cm)
- ☐ Ich unterstütze die **SVP-Nationalratswahl-Kampagne** (Spenden können in begrenztem Umfang von den Kantons- und Bundessteuern abgezogen werden):
 - ☐ Ich spende _____ Franken auf das **PC 30-8828-5** der SVP Schweiz.
 - ☐ Bitte senden Sie mir einen **Einzahlungsschein** der SVP Schweiz.
 - ☐ Ich willige ein, dass Sie meine Adresse für Werbung der SVP benutzen dürfen.
 - ☐ Ich möchte Mitglied des überparteilichen Komitees «Nein zum schleichenden EU-Beitritt» werden (Artikel dazu auf Seite 5).

Name/Vorname

Strasse

PLZ/Ort

Telefon

E-Mail

Unterschrift

Ausschneiden und in einem Couvert senden an:
SVP Schweiz, Generalsekretariat, Postfach, 3001 Bern
E-Mail: info@svp.ch, Telefon: 031 300 58 58, Fax: 031 300 58 59

www.svp.ch



Christian Imark Papi - Büezer - Volksvertreter

Christian Imark ist ein bodenständiger Familienvater aus dem Schwarzbubenland. Als echter Macher und Büezer ist er täglich im Einsatz und kennt die Sorgen und Nöte des arbeitenden Volkes. Auch mit den Zwängen und Verteuerungen des Staates ist er oft konfrontiert und kämpft als erfahrener Volksvertreter dagegen an. Doch die Verdienste Christian Imarks reichen viel weiter. Am 20. Oktober 2019 kandidiert er für den Ständerat und wieder für den Nationalrat.

Christian Imark ist 1982 in Breitenbach geboren und im beschaulichen «Fehren» aufgewachsen. Vor zwei Jahren hat er sich dort mit viel Einsatz und Eigenleistung ein Einfamilienhaus gebaut, mit Garten und einer wunderschönen Schweizerfahne als Symbol der Freiheit und Unabhängigkeit unseres Landes.

Papi

Mit seinem 10-monatigen Töchterchen Liah fährt er nicht einfach täglich zur Kinderbetreuung, sondern kümmert sich – gemeinsam mit Frau Carmen – selber um das Wohl und die Sorgen des Nachwuchses. Obwohl das viele organisatorische Hürden mit sich bringt, hält die Familie Imark aus Überzeugung an diesem Modell fest. Denn nichts ist heute wichtiger geworden, als die Weitergabe von familiären und heimischen Werten.



Imark am eidgenössischen Schwingfest

Christian Imark

- Jahrgang 1982
- verheiratet, 1 Kind
- Ausbildung zum Polymechaniker
- Bachelor of Arts (BFH) in Architektur
- selbstständiger Unternehmer
- Präsident SVP Kanton Solothurn
- Präsident ASTAG Sektion Solothurn
- Kantonsrat 2001-2015
- Kantonsratspräsident 2012
- Nationalrat seit 2015

Büezer

Als gelernter Polymechaniker ist sich Imark das täglich harte Arbeiten mit schmutzigen Händen von der Pike auf gewohnt. Seine Weiterbildung zum BA in Architektur ermöglichte ihm, dass er viele organisatorische Arbeiten an seinem Hausbauprojekt in Fehren selber übernehmen konnte. Heute ist er mit seiner eigenen Firma «Airboxx GmbH» im Eventbereich tätig und legt selber Hand an. Für zahlreiche Baustellen und Festivitäten sorgt er persönlich für das Dach über den Köpfen.



Volksvertreter

Als bodenständiger Volksvertreter sind ihm persönliche und unternehmerische Freiheiten, sowie die Eigenverantwortung der Bevölkerung zentrale Anliegen. Er ist der tiefen Überzeugung, dass nur die freiheitliche und souveräne Haltung der Schweiz allen sich stellenden Problemen die geeignete Lösung entgegenbringen kann. In der laufenden Legislaturperiode in Bern hat sich Christian Imark zu einem profunden Kenner der Energie- und Verkehrspolitik entwickelt.



Imark im Bundesratszimmer

Seine Vorstösse zielten auf einen Ausbau der Verkehrsinfrastruktur und gegen den wachsenden Bussenterror im Strassenverkehr. Seine Meinungen, Stellungnahmen und Vorträge führten ihn in alle Landesteile der Schweiz sowie in zahlreiche TV-Studios. Mit seiner Motion gegen die Verwendung von Schweizer Steuergeldern für Hass und politisch motivierte Aktionen im Ausland, erntete Imark sogar weltweite Anerkennung.



#käsekönig Josef Fluri wählt Christian Imark in den Ständerat, «weil er anpackt und ein echter Büezer ist.»

Präsident SVP Kanton SO

Mit der Übernahme des Präsidiums der SVP Kanton Solothurn durch Christian Imark kehrte innerhalb der Partei Ruhe ein und der Fokus richtete sich wieder den Sorgen und Nöten der Bevölkerung zu. Imark scheut sich nicht, auch unbequeme Themen aufzubringen und Klartext zu sprechen. Überrascht hat Imark als Präsident der SVP, mit der Würdigung von Josef Munzinger – eines ur-freisinnigen

Volkshelden und Kämpfers für die direkte Demokratie sowie gegen Verfilzung und Vetternwirtschaft. Setzt man sich jedoch mit dem privaten und politischen Wirken Imarks auseinander, stellt man fest, dass aufgrund gleicher Grundwerte seine Huldigung Josef Munzingers nur logisch ist.



Kantonalpolitik

Im Mai 2018 setzte er sich erfolgreich gegen das kantonale Energiegesetz ein. Mit 70 % Nein-Stimmenanteil hat das Volk diese Vorlage wuchtig verworfen. Die immensen Nachteile von zusätzlichen Regulierungen und Verteuerungen wurden durch die von Imark eigens erstellte Kampagne schonungslos aufgedeckt. Damit setzte sich die SVP Kanton Solothurn bedingungslos für die Interessen von Wirtschaft, Gewerbe, Hauseigentümer und Mieter ein. Dass Imark auch überparteilich begeistern kann, zeigte er als Kantonsratspräsident 2012. Umsichtig, fair und souverän wurde sein Führungsstil über sämtliche Parteigrenzen hinweg beurteilt.



Ersatz-Gemeinderätin, Vanessa Meury Bettlach (SO)

«Ich wähle Christian Imark in den Ständerat, weil er schon viel erreicht hat und trotzdem immer mit beiden Beinen auf dem Boden steht.»

Imark in den Ständerat

In all seinen Projekten und Vorhaben zeichnete sich Imark durch viel Einsatz, Zielstrebigkeit und Originalität aus und blieb dabei stets gesellig und bodenständig. Er kennt keine Scheuklappen und ist immer bereit, zuzuhören und dazuzulernen, für eine optimale Volksvertretung. Damit ist Christian Imark der perfekte Vertreter des weit verzweigten KMU-Kantons Solothurn für das Stöckli der Zukunft.

Aus der Ständerats-Kampagne von Christian Imark

IIIIII KANTON **solothurn**

Wahlzettel

MUSTER

Ständeratswahlen

vom 20. Oktober 2019

Wahl von zwei Mitgliedern des Ständerates

leer lassen ☐ L ☐ U leer lassen

Kandidatennamen

Kand.-Nr.

Christian Imark

Bei abtrennen! ▲▲▲

▲▲▲ Wahlzettel abtrennen! ▲▲▲

Die Vernunft muss siegen

Um von den katastrophalen Folgen der unkontrollierten Masseneinwanderung und der voranschreitenden Islamisierung abzulenken, sprechen die meisten Medien und Parteien in diesem Wahlkampf lieber über den vagen Begriff des Klimawandels. Nicht eigenverantwortliches Handeln eines jeden Einzelnen steht dabei im Zentrum, sondern eine rigide Verbotspolitik (noch mehr Steuern auf Treibstoff und Energie), unter welcher vor allem die Normalverdiener leiden werden und die horrenden volkswirtschaftlichen Schäden verursacht.



Nationalrat Walter Wobmann, Gretzenbach (SO)

Spitzenreiter im Recycling

Links-Grün bläst zum Raubzug auf unseren Wohlstand – in der Meinung, durch noch mehr Steuern, Abgaben und Vorschriften für Volk und Wirtschaft die Erdtemperatur im Promillebereich senken zu können. Was für eine Anmassung und gefährliche Irreführung unserer Bevölkerung! Lassen wir uns nicht verrückt machen: Unser Land verursacht gerade mal 0,1 % (ein Tausendstel) des weltweiten menschengemachten CO₂-Ausstosses. Die Schweiz hat – trotz eines Bevölkerungswachstums von 1,8 Millionen auf 8,5 Millionen Menschen (2017) – ihren CO₂-Ausstoss von 1990 bis 2017 um 14 % verringert, beziehungsweise sämtliche Treibhausgase um 12 % gesenkt.

Mobilität für alle

Ich bin stolz, dass die Schweizerinnen und Schweizer zu den weltweiten Spitzenreitern im Recycling und dem Bereich der Innovationen gehören. Auf freiwilliger Basis verwerten wir 96 % der Glaserzeugnisse, 90 % der Aluminiumverpackungen, 82 % der PET-Getränkeflaschen und 68 % der Batterien und Akkus wieder. Wir erfinden laufend neue Maschinen und Verfahren, um aus Abfällen und Gülle Energie zu gewinnen oder unsere Gebäude energieeffizient auszurüsten. Klar: Es

gibt teilweise noch Luft nach oben. Doch wir lassen uns von linksgrünen Miesepetern kein schlechtes Gewissen einreden und erst recht keine Angst einjagen!

Geld für Politiker

Als leidenschaftlicher Motorrad- und Autofahrer werde ich es nicht zulassen, dass die Mobilität weiter verteuert und zum Luxusgut erklärt wird. Hunderttausende Menschen in diesem Land, die im Alltag ihren Beitrag für einen wirksamen Umweltschutz leisten, ohne dies an die grosse Glocke zu hängen, sind auf ihr Auto angewiesen: Um frühmorgens zur Arbeit zu fahren, wenn – wie in vielen Landgemeinden – noch kein Bus verkehrt oder um die Kinder abends vom Sport-Training abzuholen. Gering- und Normalverdiener, die bei laufend steigenden Staatsausgaben schon heute jeden Franken umdrehen müssen, werden die Gestraften sein, wenn der Benzinpreis auf bis zu 4 Franken pro Liter steigen soll, wie es die Linken vorhaben. Das ist keine soziale Politik, das ist in grösstem Masse asozial! Zusätzliche Steuern entziehen dem Wirtschaftskreislauf Geld. Die Kaufkraft sinkt, die Wirtschaft schrumpft und der Wohlstand nimmt Schritt für Schritt ab. Kommt dazu: Woher wissen wir, dass mit all diesen zusätzlichen Steuereinnahmen auch wirklich etwas für das Klima getan wird oder ob damit nicht eher neue Selbstbedienungsläden für Politiker und ihre Organisationen entstehen? Solange die Linke das Bevölkerungswachstum als grössten Treiber des steigenden Ressourcenverbrauchs leugnet, ist ihr Alarmismus ohnehin nicht glaubwürdig. Am 20. Oktober 2019 steht viel auf dem Spiel: Die Vernunft muss gewinnen, die SVP muss zulegen. Herzlichen Dank.



Kantonsrätin, Stephanie Ritschard Riedholz (SO)

«Die unkontrollierte Zuwanderung in die Schweiz führt zu zahlreichen negativen Folgen für Schweizer Bürger: Lohndumping, Zersiedelung, Verkehrschaos, hoher Infrastrukturbedarf, Altersarbeitslosigkeit, Wohnbaublase, Platzmangel. Darum muss die Zuwanderung endlich wieder gesteuert werden.»



Kantonsrätin, Jacqueline Ehram Gempen (SO)

«Die SVP setzt sich für die Wahrung einer unabhängigen und neutralen Schweiz ein. Der Ausverkauf der Schweizer Souveränität und Selbstbestimmung durch die politischen Eliten muss gestoppt werden.»

Wie das Volk beim Rahmenvertrag ausgetrickst wird

Mit dem Rahmenvertrag soll die Personenfreizügigkeit ausgebaut werden, selbst wenn dies der Bundesverfassung diametral widerspricht. Der Bundesrat trickste bereits bei der Aushandlung des Abkommens, um dem Volk die Katze im Sack zu verkaufen. Später wird der Vorschlaghammer folgen.



Nationalrat Christian Imark, Präsident SVP Kt. Solothurn / Fehren (SO)

Die Verhandlungen zum Rahmenvertrag erstreckten sich über die Zeit von 2013 bis 2018. Einige rote Linien, mit denen die Schweiz in die Verhandlungen gestiegen ist, haben sich bereits in Luft aufgelöst. Das Resultat ist ein EU-höriges Schiedsgericht bei Streitigkeiten, EU-Sanktionen als Drohkulisse sowie die Aufweichung des Lohnschutzes.

Ausbau der Personenfreizügigkeit

Ein weiteres EU-Konstrukt, worüber tunlichst geschwiegen wird, ist die sogenannte Unionsbürgerrichtlinie (UBRL). Obwohl diese im Vertrag weder explizit ausgeschlossen, noch implizit einbezogen ist, bestreitet kaum jemand, dass die UBRL bei Annahme des Rahmenvertrages bald auch bei uns Realität ist. Inhaltlich geht es um den Ausbau der Personenfreizügigkeit. Das bedeutet das Vermögen von Ausweisungen von EU-Bürger, die Erleichterung des Aufenthalts und Daueraufenthalts und ein leichter Zugang zur Sozialhilfe, selbst für Nichterwerbstätige. Damit ist die UBRL so ziemlich das Gegenteil dessen was die Schweizer Bevölkerung am 9. Februar 2014, beschlossen hat.

Machtpolitik mittels Drohkulissen

Die EU ihrerseits macht kein Geheimnis daraus, dass sie die UBRL als Weiterentwicklung des Freizügigkeitsabkommens sieht und diese schnellstmöglich auch in der Schweiz angewendet werden soll. Mit dem EU-hörigen Schiedsgericht dürfte dieser Weg vorgespurt sein. Wie gross ein allfälliger Schweizer Widerstand gegen die UBRL später sein wird, ist angesichts drohender EU-Sanktionen unklar. Die Abstimmung zur EU-Waffenrichtlinie zeigte bereits, dass alleine die Drohkulisse eines möglichen Schengen-Exits reichte, um in der Schweiz EU-Bestimmungen durchzudrücken, selbst wenn diese weder für wirkungsvoll noch für zielführend erachtet wurden.

Volksabstimmungen verkommen zur Farce

Durch die dynamische Rechtsübernahme, welche die Schweiz mit dem Rahmenvertrag zu vollziehen hat, verkommen allfällige Widerstände und sogar Volksabstimmungen zur Farce. Bei Ungehorsam der Schweiz drohen EU-Sanktionen. Die oberste Schweizerische Rechtsquelle, die Bundesverfassung, enthält präzise Bestimmungen zur Zuwanderung, die der UBRL diametral entgegenstehen. Zum Beispiel die eigenständige Steuerung der Zuwanderung mittels Kontingenten sowie die Beschränkung von Daueraufenthalt und Sozialleistungen. Und in Absatz 4 dieses Verfassungsartikels steht unmissverständlich: «Es dürfen keine völkerrechtlichen Verträge abgeschlossen werden, die gegen diesen Artikel verstossen.»

Das Volk austricksen

Dass die eidgenössischen Räte den Inhalt des Verfassungsartikels 121a bereits in grösster Art und Weise verletzt haben, ist indes nichts Neues. Aber dass der Bundesrat neue völkerrechtliche Verträge ausarbeitet, welche dieser Bestimmung widersprechen und sich dem explizit erwähnten Verbot der Aushandlung solcher Verträge widersetzt, ist eine Anmassung sondergleichen. Bleibt die Frage, warum die UBRL nirgends im Rahmenvertrag erwähnt ist. Für die EU dürfte es keine Rolle spielen. Sie wird nach Unterzeichnung sowieso freie Hand haben, um ihre Interessen durchzudrücken. Für den Bundesrat hingegen war die Nichterwähnung der UBRL zwingend, denn man hätte sonst unmissverständlich und direkt gegen die geltende Bundesverfassung verstossen. Also einigte man sich auf die Strategie «Totschweigen». Auf diese Weise werden dem Schweizervolk zahlreiche grobe Nachteile des Vertrags erst später auferlegt, zu einem Zeitpunkt, wenn mit Exit-Drohungen und EU-Sanktionen argumentiert werden wird.



Kantonsrat, Roberto Conti Bettlach (SO)

«Mit dem Rahmenvertrag wird die Schweiz zum Passivmitglied der EU. Die SVP ist die einzige Partei, die den Vertrag auch nach den Wahlen bekämpfen wird. Bilaterale Beziehungen und Verträge in beidseitigem Interesse sind zu befürworten, aber keine EU-Integrationspolitik.»

Auszug aus der Bundesverfassung

Art. 121a¹Steuerung der Zuwanderung^{*2}

¹ Die Schweiz steuert die Zuwanderung von Ausländerinnen und Ausländern eigenständig.

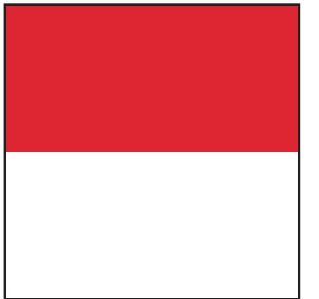
² Die Zahl der Bewilligungen für den Aufenthalt von Ausländerinnen und Ausländern in der Schweiz wird durch jährliche Höchstzahlen und Kontingente begrenzt. Die Höchstzahlen gelten für sämtliche Bewilligungen des Ausländerrechts unter Einbezug des Asylwesens. Der Anspruch auf dauerhaften Aufenthalt, auf Familiennachzug und auf Sozialleistungen kann beschränkt werden.

³ Die jährlichen Höchstzahlen und Kontingente für erwerbstätige Ausländerinnen und Ausländer sind auf die gesamtwirtschaftlichen Interessen der Schweiz unter Berücksichtigung eines Vorranges für Schweizerinnen und Schweizer auszurichten. Die Grenzgängerinnen und Grenzgänger sind einzubeziehen. Massgebende Kriterien für die Erteilung von Aufenthaltsbewilligungen sind insbesondere das Gesuch eines Arbeitgebers, die Integrationsfähigkeit und eine ausreichende, eigenständige Existenzgrundlage.

⁴ Es dürfen keine völkerrechtlichen Verträge abgeschlossen werden, die gegen diesen Artikel verstossen.

Für den Kanton Solothurn in den Nationalrat

SVP Kanton Solothurn, Liste 1



Walter Wobmann

- ✚ Beruf: KMU Berater/Verkaufsleiter
- ✚ Funktion: Präsident Föderation Motorradfahrer Schweiz FMS, Präsident Bus CH, Präsident Egerkingerkomitee, Nationale Verkehrskommission ACS
- ✚ Wohnort: Gretzenbach
- ✚ Jahrgang: 1957
- ✚ Zivilstand: verheiratet, drei Kinder
- ✚ Hobbys: Motorrad, Freunde, Natur

«Das Wohl des Volkes und unseres Landes steht für mich im Vordergrund. Dafür habe ich schon Volksinitiativen und Referenden lanciert und auch gewonnen. Ich kämpfe für mehr persönliche Freiheit und gegen einen EU-Beitritt.»



Christian Imark

- ✚ Beruf: selbstständiger Unternehmer
- ✚ Funktion: Präsident SVP Kt. Solothurn, Präsident ASTAG Sektion Solothurn, Kantonsratspräsident 2012
- ✚ Wohnort: Fehren
- ✚ Jahrgang: 1982
- ✚ Zivilstand: verheiratet, ein Kind
- ✚ Hobbys: Fussball, Joggen, Wandern, Kochen

«Für die Freiheit und Unabhängigkeit der Schweiz, möglichst viel Eigenverantwortung, wenig Bürokratie und eine starke Wirtschaft.»



Roberto Conti

- ✚ Beruf: Kantonsschullehrer Wirtschaft und Recht
- ✚ Funktion: Kantonsrat seit 2013, Gemeinderat Solothurn 2009–2017, Geschäftsleitung FC Solothurn 1995–2002, Vizepräsident Kantonsratsfraktion, Präsident SVP Amtei Solothurn-Lebern
- ✚ Wohnort: Bettlach
- ✚ Jahrgang: 1958
- ✚ Zivilstand: zwei Kinder
- ✚ Hobbys: Jassen, Eishockey, Fussball, Billard/Snooker

«Volksentscheide werden nicht umgesetzt, unser Land soll mit dem Rahmenvertrag an die EU verkauft werden, die Zuwanderung wächst ungebremsst. Diese für jedes Schweizerherz unerträglichen Entwicklungen will ich stoppen.»



Josef Fluri

- ✚ Beruf: Käsermeister/Unternehmer
- ✚ Funktion: Kantonsrat seit 2017, 10 Jahre Gemeinderat Mümliswil-Ramiswil, 10 Jahre Präsident Schwingklub Mümliswil-Ramiswil, OK-Präsident Kantonales Schwingfest 2018
- ✚ Wohnort: Mümliswil
- ✚ Jahrgang: 1970
- ✚ Zivilstand: verheiratet, drei Kinder
- ✚ Hobbys: Aktivitäten mit meiner Familie, Schwingen, Turnen

«Ich bin bodenständig, naturverbunden, volksnah und kompromissfähig. Ich bin der Brückenbauer, der Strategie, der mit Herz und klarem Kopf. Hart aber fair. Politiker mit diesen Eigenschaften braucht unsere Schweiz.»



Christian Werner

- ✚ Beruf: selbstständiger Rechtsanwalt und Notar
- ✚ Funktion: Kantonsrat seit 2009, Gemeinderat seit 2005, Präsident Kantonal-Solothurnischer Gewerbeverband, Verwaltungsrat Eishockey Club Olten AG EHCO, aktiver Milizoffizier, Präsident Kantonsratsfraktion
- ✚ Wohnort: Olten
- ✚ Jahrgang: 1984
- ✚ Zivilstand: verheiratet, ein Kind
- ✚ Hobbys: Familie, Politik, Sport

«Gerne würde ich in Bern für frischen Wind sorgen und engagiert für Freiheit, Eigenverantwortung, Unabhängigkeit und Sicherheit eintreten.»



Rémy Wyssmann

- ✚ Beruf: freier Rechtsanwalt und Notar
- ✚ Funktion: Kantonsrat seit 2017, Gemeinderat, eigene Kanzlei in Oensingen (7 Mitarbeitende), Präsident Amteipartei Bucheggberg-Wasseramt, Dozent FHNW in Olten
- ✚ Wohnort: Kriegstetten
- ✚ Jahrgang: 1967
- ✚ Zivilstand: verheiratet, zwei Kinder
- ✚ Hobbys: Skitouren, Klettern, Ausdauersport

«Als freier Anwalt und Unternehmer bin ich unabhängig von der Verwaltung und vom Politbetrieb. So kann ich mich konsequent und hartnäckig für die Belange und Freiheit der Bevölkerung einsetzen. Ich habe keine Lobbymandate und strebe keine an. Mit Garantie! »

Frei und sicher.



**Ich will's
Ich wähl's
Liste 1**



Sozialhilfe für vorläufig Aufgenommene reduzieren

Die Kosten der Sozialhilfe – insbesondere im Asylbereich – sind im Kanton Solothurn in den letzten Jahren stark gestiegen. Einer der Gründe ist, dass auch vorläufig Aufgenommene Sozialhilfeleistungen nach SKOS-Ansätzen erhalten, obwohl die entsprechenden Personen unser Land eigentlich verlassen müssten. Die SVP forderte diesbezüglich im Kantonsrat eine deutliche Reduktion, um falsche Anreize zu korrigieren und die öffentliche Hand zu entlasten. Weil eine Mitte-Links-Mehrheit dies jedoch verhinderte, lanciert die Volkspartei nun eine kantonale Initiative.



Kantonsrat Christian Werner,
Präsident SVP-Kantonsratsfraktion / Olten (SO)

Rückkehr im Vordergrund

Die Kosten der Sozialhilfe, vor allem im Asylbereich, belasten zunehmend unseren Kanton und seine Gemeinden. Nur wenig Linksregierte Kantone haben eine noch höhere Sozialhilfequote. So kann und darf es nach Ansicht der SVP nicht weitergehen. Im Kanton Solothurn erhalten heute

nicht nur anerkannte Flüchtlinge Sozialhilfeleistungen nach SKOS-Ansätzen, sondern – mit einer geringen Kürzung beim Grundbedarf – auch vorläufig Aufgenommene und asylsuchende Personen ohne Aufenthaltsbewilligung. Vorläufig Aufgenommene sind aber gerade keine Flüchtlinge, sondern Personen, die einen negativen Asylentscheid erhielten und aus der Schweiz weggewiesen wurden, vorübergehend aber nicht ausgeschafft werden. Bei diesen Personen sollte nicht der Aufenthalt in der Schweiz, sondern die baldige Rückkehr ins Heimatland im Vordergrund stehen.

Falsche Anreize beseitigen

Personen mit Sozialhilfeleistungen nach SKOS-Ansätzen zu unterstützen, obwohl sie die Schweiz eigentlich verlassen müssten, setzt nach Ansicht der SVP völlig falsche Anreize. Die SVP

versuchte dies deshalb im Kantonsrat zu korrigieren – leider aber ohne Erfolg. Eine Mitte-Links-Mehrheit verhinderte die Reduktion der Sozialhilfeleistungen an vorläufig Aufgenommene. Die SVP Kanton Solothurn hat deshalb beschlossen, eine entsprechende Volksinitiative zu lancieren.



Ersatz-Gemeinderätin, Diana Stärkle
Egerkingen (SO)

«Scheinflüchtlinge sollen ausgeschafft werden. Sämtliche Integrationsbemühungen sind zu streichen und die Sozialgelder erheblich zu reduzieren.»

Falsche Anreize verhindern, verdiente Mitmenschen entlasten

Im Kanton Solothurn werden Scheinflüchtlinge mit Steuergelder durchgefüttert. Dagegen werden ältere Menschen geplagt und betrieben, die ein Leben lang für den Staat geschuftet haben und heute auf jeden AHV-Franken angewiesen sind. Helfen Sie mit, dass diese Ungerechtigkeit aufhört. Unterstützen Sie unsere Volksinitiative.



Kantonsrat Rémy Wyssmann,
Kriegstetten (SO)

Der Kanton Solothurn ist für mittlere und tiefe Einkommen eine veritable Steuerhölle, also für die überwiegende Zahl aller Steuerzahlerinnen und Steuerzahler. Eine Belastung weit über dem schweizerischen Durchschnitt.

Keine echten Flüchtlinge

Gleichzeitig erhalten abgewiesene Asylbewerber in diesem Kanton die volle Sozialhilfe; Menschen also, die aus Gründen nicht in ihr Heimatland abgeschoben werden, die nicht das Geringste mit einem Asylgrund zu tun haben. Tatsächlich bleiben sie nur hier, um die hochprofitable Asylindustrie weiterhin unterhalten zu können. Asylfirmen unter anderem im Besitz von ausländischen Beteiligungsgesellschaften, unterstützt von hiesigen Asyllobbyisten.

Ein Leben lang geschuftet

Derweil sind ältere Menschen in unserem Kanton, die ein Leben lang für den Staat geschuftet und steuerlich gebutet haben, auf jeden AHV-Franken angewiesen. Viele dieser verdienten Menschen werden von der Steuerver-

waltung betrieben, weil sie die Steuern nicht mehr bezahlen können. Und das nur um globale Asylprofiteure mit frischem solothurnischem Steuergeld zu versorgen. Und alle stellen sich schlafend gegenüber diesem unhaltbaren Zustand. Wir nicht mehr. Und Sie hoffentlich alle auch nicht mehr. Denn es geht nicht an, dass genau jene, die die Hauptlast der Staatseinnahmen tragen, seit Jahren von der Politik übergangen und durch eine fast täglich wachsende Steuer- und Gebührenlast erdrückt werden. Hart erarbeitetes Geld, das einigen wenigen auf Kosten aller zufließt.

Mit Initiative Druck machen

Nur mit dieser Initiative wird genügender Druck entstehen. Einmal gegenüber den Scheinflüchtlingen, damit der Verbleib in der Schweiz nicht mehr lukrativ erscheint. Aber auch gegenüber dem Asylbusiness und der Politik, damit ein Lobbyieren in diesem Bereich endlich aufhört. Setzen Sie ein Zeichen. Unterstützen Sie diese Initiative.

Vielen herzlichen Dank!



Gemeinderätin, Silvia Stöckli
Lütterswil-Gächliwil (SO)

«In meiner täglichen Arbeit erlebe ich, wie unser Sozialsystem von falschen Flüchtlingen ausgenutzt wird.»

Kantonale Volksinitiative

Weniger Sozialhilfe für Scheinflüchtlinge

Gesetzesinitiative (nach Art. 29 der Kantonsverfassung)
Im Amtsblatt veröffentlicht am 13.09.2019 / Ablauf der Sammelfrist: 15.03.2021

Die Gesetzgebung ist wie folgt zu ändern:

«Die Sozialhilfeleistungen an asyl- und schutzsuchende Personen ohne Aufenthaltsbewilligung sowie an vorläufig aufgenommene Personen sind – im Vergleich zu den heutigen Leistungen – erheblich zu reduzieren.»

Begründung:
Im Kanton Solothurn laufen die Kosten der Sozialhilfe aus dem Ruder, besonders im Asylbereich. Einer der Gründe ist, dass nicht nur anerkannte Flüchtlinge grosszügige Sozialhilfeleistungen erhalten, sondern auch sogenannt vorläufig aufgenommene Ausländer. Dadurch bleiben viele Ausländer bei uns, die eigentlich nach Hause gehen müssten. Ausländer, die kein Aufenthaltsrecht haben, sollen die Schweiz verlassen. Mit der Ausschüttung von vielen Steuerfranken an Scheinflüchtlinge werden völlig falsche Anreize gesetzt. Nicht die Anwesenheit in der Schweiz, sondern die baldige Rückkehr ins Heimatland sollte bei Scheinflüchtlingen im Vordergrund stehen. Deshalb sind die Sozialhilfeleistungen in diesen Fällen zu reduzieren.

Auf diesem Bogen dürfen nur im Kanton Solothurn Stimmberechtigte der gleichen politischen Gemeinde unterzeichnen. Nach Artikel 281 bzw. 282 StGB wird mit Freiheitsstrafe oder Geldstrafe bestraft, wer das Ergebnis einer Unterschriftensammlung fälscht. Die gleiche Initiative darf nur einmal unterzeichnet werden.

KANTON SOLOTHURN		PLZ	Politische Gemeinde		
	Name und Vorname	Geb. Datum	Strasse und Hausnummer	Unterschrift	Kontrolle (leer lassen)
1					
2					
3					
4					
5					

Stimmrechtsbescheinigung
Die unterzeichnende Amtsperson bescheinigt, dass die ____ (Anzahl) Unterzeichnenden dieser Liste ihr Stimmrechtsdomizil in der Gemeinde haben und in kantonalen Angelegenheiten stimmberechtigt sind.

_____, den _____ Stempel und Unterschrift:

Initiativkomitee: Christian Imark, 4232 Fehren, Beat Künzli, 4712 Laupersdorf, Rémy Wyssmann, 4566 Kriegstetten, Richard Aschberger, 2540 Grenchen, Thomas Giger, 4412 Nuglar-St.Pantaleon, Christine Rüttli, 4710 Balsthal, Marcel Schenker, 4226 Breitenbach, Silvia Stöckli-Andres, 4584 Lütterswil, Christian Werner, 4600 Olten, Walter Wobmann, 5014 Gretzenbach, Matthias Börner, 4600 Olten, Johannes Brons, 5012 Schönenwerd, Roberto Conti, 2544 Bettlach, Markus Dick, 4562 Biberist, Sibylle Jeker, 4228 Erschwil, Tobias Fischer, 4614 Hägendorf, Josef Fluri, 4717 Mümliswil, Walter Gurtner, 4658 Däniken, Kevin Kunz, 4543 Deitingen, Peter M. Linz, 4227 Büsserach, Stephanie Ritschard, 4533 Riedholz, Hugo Schumacher, 4542 Luterbach, Rolf Sommer, 4600 Olten

Rückzugsklausel: Die Initiative kann bis zehn Tage nach dem Kantonsratsbeschluss über die Annahme oder Ablehnung des Begehrens zurückgezogen werden. Wird der Initiative ein Gegenvorschlag gegenübergestellt, ist der Rückzug der Initiative bis zehn Tage nach der Schlussabstimmung des Kantonsrates über die Initiative bzw. den Umsetzungserlass und den Gegenvorschlag zulässig (§140 Abs. 1 und 2 GpR).

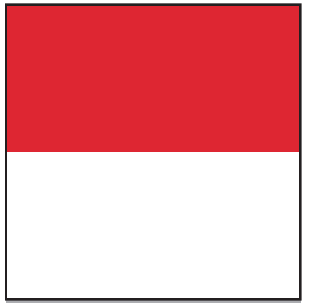
Weitere Unterschriftenbögen können unter www.svp-so.ch heruntergeladen werden.
Bitte Unterschriftenlisten vollständig oder teilweise ausgefüllt bis spätestens am 31.01.2021 zurücksenden an:
SVP Kt. Solothurn, c/o Pascal Jacomet, Poststrasse 30, 4542 Luterbach

Christian Imark

in den Ständerat

Für den Kanton Solothurn in den Nationalrat

SVP Unternehmer und Bauern, Liste 8



Jacqueline Ehrsam

- ✚ Beruf: Unternehmerin
- ✚ Funktion: Kantonsrätin 2015-2019, Beirat SVP Amtei Dorneck-Thierstein, Vorstand SVP Ortspartei Gempen, Delegierte Primarschulverband und Oberstufenzentrum Dorneckberg
- ✚ Wohnort: Gempen
- ✚ Jahrgang: 1981
- ✚ Zivilstand: verheiratet, drei Kinder
- ✚ Hobbys: Familie, Wandern, eigene «Geisslein», Natur

«Als Mutter von drei Kindern und Buezerin einer Handelsfirma erlebe ich die Anforderungen der heutigen Zeit täglich. Gerne möchte ich dieses Wissen und meine Anliegen für eine unkomplizierte und bürgernahe Politik einbringen.»



Markus Dick

- ✚ Beruf: Unternehmer
- ✚ Funktion: Gemeinderat, Kantonsrat, Präsident Bürgergemeinde Biberist, Vorstand Zweckverband Bevölkerungs- und Zivilschutz Aare-Süd
- ✚ Wohnort: Biberist
- ✚ Jahrgang: 1969
- ✚ Zivilstand: verheiratet, ein Kind
- ✚ Hobbys: Geschichte, Politik, Musik

«Die Selbstständigkeit und die Sicherheit für die Schweiz und die Bevölkerung stehen für mich an oberster Stelle. Sie schaffen eine gesunde Basis für das Wohlergehen aller in Freiheit, Prosperität und Zuversicht.»



Beat Künzli

- ✚ Beruf: Landwirt/Aussendienstmitarbeiter
- ✚ Funktion: Gemeinderat, Kantonsrat, Mitglied der Bildungs- und Kulturkommission, Vizepräsident SVP Kt. Solothurn, Präsident der SVP Laupersdorf
- ✚ Wohnort: Laupersdorf
- ✚ Jahrgang: 1972
- ✚ Zivilstand: verheiratet, sechs Kinder
- ✚ Hobbys: Familienwanderungen, Viehzucht, Aare-Böötle

«Damit wir nicht Fremde im eigenen Land werden, setze ich mich für den Erhalt unserer christlich-abendländischen Werte, für eine begrenzte Zuwanderung, für unsere erfolgreiche Demokratie und unsere Eigenständigkeit ein.»



Christian Riesen

- ✚ Beruf: Ingenieur/Dozent
- ✚ Funktion: Gemeinderat, Präsident SVP Wangen b. Olten, Bezirksschätzer SGV, Kassier NoBillag, Organisator mia Grenchen
- ✚ Wohnort: Wangen bei Olten
- ✚ Jahrgang: 1970
- ✚ Zivilstand: verheiratet
- ✚ Hobbys: Fotografieren, Schreiben, Tiere, Sport, Kochen, Politik

«Ich kämpfe gegen unbezahlbare Krankenkassenprämien, Stromkosten, Benzinkosten, Abgaben und Gebühren. Was für die einen ein Selbstbedienungsladen ist, muss von den anderen finanziert werden. Darum habe ich für NoBillag gekämpft und setze mich auch weiterhin für mehr Freiheit ein.»



Stephanie Ritschard

- ✚ Beruf: Verkaufsleiterin
- ✚ Funktion: Gemeinderätin, Kantonsrätin, Vizepräsidentin Sozial- und Gesundheitskommission, SVP Frauen, IGproVebo, Parlamentarische Gruppe Kind und Jugend, Ortsparteipräsidentin
- ✚ Wohnort: Riedholz
- ✚ Jahrgang: 1973
- ✚ Zivilstand: zwei Kinder
- ✚ Hobbys: Familie, Reisen, Motorradfahren

«Ich setze mich für eine sichere und eigenständige Schweiz ein. Das bedeutet Nein zum EU-Rahmenabkommen und eine restriktive Zuwanderungspolitik. Zudem braucht es dringend freiheitliche Reformen im Gesundheitswesen.»



Georg Rütli

- ✚ Beruf: Sakristan
- ✚ Funktion: Gemeinderat Ressort Bildung, Präsident Fachkommission Bildung, Einsitz Vorstand Kreisschule Thal / Sakristanenverband Kt. Solothurn, Parteileitung SVP Balsthal
- ✚ Wohnort: Balsthal
- ✚ Jahrgang: 1959
- ✚ Zivilstand: verheiratet, drei Kinder
- ✚ Hobbys: Familie, Garten, Natur, Kochen, Hund Fila

«Ich setze mich ein, dass wir eine lebenswerte, erfolgreiche, freie und sichere Schweiz für unsere Kinder erhalten können. Stärkung vom dualen Bildungssystem, strukturelle Sicherung der Sozialwerke, keine Altersarmut.»

Frei und sicher.

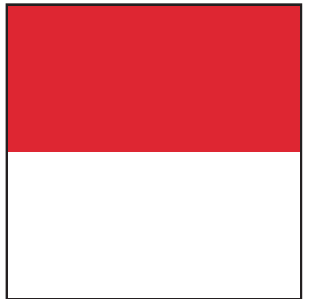


**Ich will's
Ich wähl's
Liste 8**



Für den Kanton Solothurn in den Nationalrat

SVP Büezer, Bürger, International, Liste 17



Urs Bruegger

- ✚ Beruf: Investment Manager
- ✚ Funktion: Ehrenamtlich aktiv für das Defense and Security Forum in London, um politische und wirtschaftliche Beziehungen zwischen Grossbritannien und Schwellenländern zu fördern
- ✚ Wohnort: Richmond, Surrey
- ✚ Jahrgang: 1959
- ✚ Zivilstand: verheiratet
- ✚ Hobbys: Geschichte, Literatur, Sprachen, Malen

«Meine Kernanliegen sind bürger-nahe Politik zu verfolgen, steuerliche Belastung und das regulatorische Umfeld effizient und erträglich zu gestalten und für eine wirtschaftlich und politisch unabhängige Schweiz einzustehen.»



Pascal Käser

- ✚ Beruf: Jurastudent
- ✚ Funktion: Ersatz-Jugendrichter Amtei Solothurn-Lebern, Ersatz-Gemeinderat Rüttenen, Mitglied Planungskommission Rüttenen
- ✚ Wohnort: Rüttenen
- ✚ Jahrgang: 1996
- ✚ Zivilstand: ledig
- ✚ Hobbys: Karate, Judo, Fitness, Literatur, Schiesssport

«Recht und Ordnung müssen an oberster Stelle stehen! Es ist unsere Pflicht, Polizei, Armee und Nachrichtendienst vollumfänglich zu unterstützen. Knallharte Strafen für Gewaltstraftaten sind zwingend!»



Diana Stärkle

- ✚ Beruf: Berufsfachschullehrerin und Bankbeamtin
- ✚ Funktion: Ersatz-Gemeinderätin, Präsidentin Bildungskommission, Mitglied Finanzkommission, Präsidentin SVP Egerkingen
- ✚ Wohnort: Egerkingen
- ✚ Jahrgang: 1957
- ✚ Zivilstand: drei Kinder
- ✚ Hobbys: Garten, Auto

«Ich stehe für eine lebenswerte Schweiz mit tiefen Steuern und Gebühren; für unsere direkte Demokratie und unsere Eigenständigkeit; für unsere Werte, unsere Kultur, unser Bildungssystem; für weniger Stau, um die Freizeit sinnvoller zu verbringen.»



Silvia Stöckli

- ✚ Beruf: Gemeindepräsidentin Lütterswil-Gächliwil
- ✚ Funktion: Gemeinderätin RL Soziales/Öffentliche Sicherheit, Asylbetreuerin, Instruktorin Schweiz. Samariterbund, Präsidentin Samariterverband Kt. Solothurn
- ✚ Wohnort: Lütterswil-Gächliwil
- ✚ Jahrgang: 1965
- ✚ Zivilstand: verheiratet, vier Kinder
- ✚ Hobbys: Kochen, Handarbeiten, Lesen, Tiere, HC Davos

«Geradlinig mit Herz und Verstand möchte ich in Bern mitreden, mich einsetzen und die Altersarmut und den Asylmissbrauch bekämpfen.»



Carsten Thürk

- ✚ Beruf: Gipser
- ✚ Funktion: Delegierter SVP Schweiz, Vorstandsmitglied und Aktuar SVP Stadt Solothurn, Ersatz-Mitglied Wahlbüro der Stadt Solothurn, Beisitzer SVP Solothurn-Lebern
- ✚ Wohnort: Solothurn
- ✚ Jahrgang: 1969
- ✚ Zivilstand: verheiratet, zwei Kinder
- ✚ Hobbys: Politik, Gartenarbeit, Tischlern, Basteln, Schiessen

«Ich werde mich für mehr Sicherheit einsetzen. Die Polizei soll gestärkt werden. Die Schweiz soll weiterhin frei und eigenständig bleiben. Ein EU-Beitritt geht gar nicht.»



Christoph von Felten

- ✚ Beruf: Servicetechniker
- ✚ Funktion: Gemeinderat Luterbach
- ✚ Wohnort: Luterbach
- ✚ Jahrgang: 1984
- ✚ Zivilstand: verheiratet, ein Kind
- ✚ Hobbys: Familie, Billard, Dart

«Ich bin ein einfacher Familienvater und Arbeitnehmer (Büezer). Die AHV muss gesichert werden. Unsere Steuergelder müssen vorsichtiger ausgegeben werden. Dafür setze ich mich ein und werde dafür kämpfen.»

Frei und sicher.

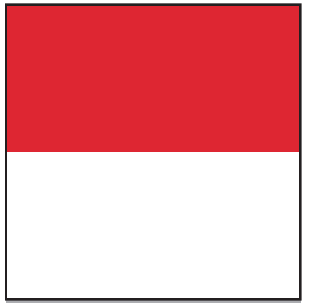


**Ich will's
Ich wähl's
Liste 17**



Für den Kanton Solothurn in den Nationalrat

Junge SVP Kanton Solothurn, Liste 19



Nando Aebi

- ✚ Beruf: BWL-Student
- ✚ Funktion: Co-Präsident JSVP Solothurn, Vizepräsident SVP Amtei Bucheggberg-Wasseramt
- ✚ Wohnort: Oeking
- ✚ Jahrgang: 1997
- ✚ Zivilstand: Ledig
- ✚ Hobbys: Unihockey-Trainer

«Ich bin überzeugt davon, dass das Erfolgsmodell Schweiz zukunfts-fähig ist und setze mich dafür ein. Ganz ohne Klimademos, dafür mit gesundem Menschenverstand. Für eine sichere und lebenswerte Schweiz – auch in Zukunft.»



Luca Hasler

- ✚ Beruf: Automobilmechatroniker Nfz
- ✚ Funktion: Gemeinderat Härkingen seit 2017
- ✚ Wohnort: Härkingen
- ✚ Jahrgang: 1998
- ✚ Zivilstand: ledig
- ✚ Hobbys: Fischen, Eishockey, Motorrad

«Schweizer Demokratie anstatt EU-Diktatur.»



Robin Kiefer

- ✚ Beruf: Student Geschichtswissenschaften
- ✚ Funktion: Vizepräsident und Sekretär SVP Olten
- ✚ Wohnort: Olten
- ✚ Jahrgang: 1998
- ✚ Zivilstand: ledig
- ✚ Hobbys: Lesen, Wandern

«Ein funktionierendes und lern-motivierendes Bildungswesen ist unerlässlich für ein erfolgreiches Land. Jedes Kind sollte in seinen Talenten gefördert und in seiner Selbstfindung gestärkt werden.»



Vanessa Meury

- ✚ Beruf: Immobilienbewirtschafterin mit eidg. FA
- ✚ Funktion: Ersatz-Gemeinderätin, Co-Präsidentin JSVP Solothurn, Präsidentin Energie Club Schweiz
- ✚ Wohnort: Grenchen
- ✚ Jahrgang: 1997
- ✚ Zivilstand: ledig
- ✚ Hobbys: Tennis, Reisen

«Der steigende Stromimport macht die Schweiz zunehmend vom Ausland abhängig. Die Versorgungssicherheit ist gefährdet und die Energiestrategie hat keine Antwort darauf. Es braucht eine sachlichere Energiepolitik, um Bevölkerung, Gewerbe und Industrie der Schweiz vor einem Blackout und dessen Folgen zu schützen.»



Mischa Wyss

- ✚ Beruf: Gebäudetechnikplaner Fachrichtung Sanitär EFZ
- ✚ Funktion: Sekretär JSVP Solothurn
- ✚ Wohnort: Trimbach
- ✚ Jahrgang: 1995
- ✚ Zivilstand: ledig
- ✚ Hobbys: Sport, Groupfitnessinstructor, Lesen

«Generationen haben aus unserem Land, das gemacht was es heute ist. Wegen dem Rahmenabkommen mit automatischer Rechtsüber-nahme soll dies nun zerstört werden. Helfen Sie mit, dies zu verhindern. Wählen Sie SVP.»



Patric Wyssmann

- ✚ Beruf: Kaufmann EFZ Berufsmaturität
- ✚ Funktion: Mitglied JSVP Solothurn
- ✚ Wohnort: Kriegstetten
- ✚ Jahrgang: 2000
- ✚ Zivilstand: ledig
- ✚ Hobbys: Golfsport

«Das Bildungswesen bildet das Fundament einer Volkswirtschaft. Im Mittelpunkt stehen die Fähigkeiten der Schüler. Ich unterstütze ein lehrreiches und qualita-tives Bildungswesen.»

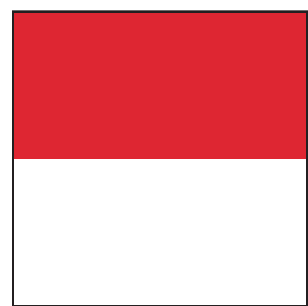


Gemeinsam für
die Zukunft

«Im 19ni werd s'
19ni gwählt»

Liste 19

So wählen Sie im Kanton Solothurn richtig!



1. Öffnen Sie Ihr Stimmcouvert, darin finden Sie folgendes Material:

- Block mit vorgedruckten Nationalrats-Wahlzettel (Listen)
- Ständeratswahlzettel
- Stimmrechtsausweis
- Werbematerial

2. Wählen Sie Ihre Nationalrätinnen und Nationalräte:

Trennen Sie die Liste 1 vom Wahlzettel-Block ab.

3. SVP-Nationalratsliste ins Couvert:

Legen Sie die Liste 1 unverändert ins Couvert.

4. Wählen Sie Ihren Ständerat:

Schreiben Sie auf den Ständerats-Wahlzettel den Namen des SVP-Ständeratskandidaten Christian Imark 1x auf. Lassen Sie die zweite Zeile leer, sonst schwächen Sie Christian Imark.

5. Ständeratsliste ins Couvert:

Legen Sie die Ständeratsliste zur Nationalratsliste ins Couvert.

6. Stimmrechtsausweis unterschreiben:

Unterschreiben Sie den Stimmrechtsausweis.

7. Alles ins Couvert:

Stimmrechtsausweis ins Couvert legen, so dass die Adresse der Gemeinde im Sichtfenster zu sehen ist. Wenn nötig, frankieren Sie das Couvert. Und dann ab in die Post oder einwerfen bei Ihrer Gemeinde.

8. Abschicken:

Couvert bis spätestens **17. Oktober** per A-Post aufgeben oder bis **18. Oktober** auf die Gemeinde bringen oder am **20. Oktober** an die Urne gehen.

Achtung!

- Legen Sie nur **eine** Nationalratsliste ins Couvert, ansonsten ist Ihre Stimme ungültig!
- Schreiben Sie keine zusätzlichen Bemerkungen auf den Wahlzettel, ansonsten ist Ihre Stimme ungültig!



1. Couvert öffnen und Unterlagen entnehmen.



2. Nationalrats-Wahlzettel SVP Liste 1 abtrennen.



3. Wahlzettel SVP Liste 1 ins Couvert legen.



4. Ständeratsliste ausfüllen.



5. Ständeratsliste auch ins Couvert legen.



6. Stimmrechtsausweis unterschreiben.



7. Stimmrechtsausweis ins Couvert legen.



8. Couvert auf die Post oder Gemeinde bringen.

Haben Sie Fragen zu den Wahlen?

Gratis-Hotline: 0800 0 1291 0

Kostenlose kompetente Auskunft! Ab dem 13. September bis am 20. Oktober können Sie sich kostenlos über die National- und Ständeratswahlen 2019 informieren.

Wie wählt man richtig, wie kann man seine Stimme zugunsten der Schweiz am besten geltend machen?

Wir sind von Montag bis Sonntag von 09.00 – 18.00 Uhr für Sie da. **Fragen per Mail: wahlen@svp.ch**



Ihr Inserat in der Schweizerzeit:

Nehmen Sie mit mir Kontakt auf.
Jederzeit und unkompliziert.

Markus Rezzonico

Inserate-Akquise
SVP-Delegierter
AUNS-Mitglied

Mobile: 079 332 61 61
markus.rezzonico@dietschi.ch

Walter Gurtner

4658 Däniken – Schreinerei

- Einbauküchen
- Einbauschränke
- Glasbruchservice



Das original Schweizer Naturbett.
Walter Gurtner, Kantonsrat

Der Schreiner

Ihr Macher

© VSSM – Mitglied

Tel. 062 291 13 82

Fax 062 291 11 34

Nat. 079 330 31 21

info@schreiner-gurtner.ch

www.schreiner-gurtner.ch

Ausstellung
und Verkauf!